

# Süddeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Süddeutsche Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 48, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 48  
Jena-Postamt Nr. 225.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsstellige Poststelle oder deren Raum 25 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf., auswärtsige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 88.

Montag, den 16. April 1917.

24. Jahrg.

## Friedenswille in Rußland.

Die Erklärung der provisorischen Regierung Rußlands, die Kerenski in der allgemeinen Versammlung der Soldatenvertreter angekündigt hatte, liegt nun vor. Erfüllt sie die Verheißungen, die wir von dem Vertreter der Demokratie in der Regierung freudig vernahmen? Die Regierung kündigte Kerenski an, werde eine Erklärung veröffentlichten, „daß Rußland auf jeden Plan von Gebietserweiterungen verzichtet, aber die eroberte Freiheit aufs äußerste verteidigen wird“. Da könnte man über den Frieden wohl bald einig werden! Denn wenn Rußlands Ziel heute kein anderes ist, als seine junge Freiheit vor Anschlägen und Angriffen von außen zu behüten, so stehen auch die Völker der Mittelmächte zu diesem Ziele, und den gegnerischen Regierungen liegt, wie die Erklärungen ihrer verantwortlichen Staatsmänner in klarer Weise dazun, jede Einmischung in Rußlands innere Verhältnisse, jede Störung des Werdeganges der russischen Freiheit vollständig fern. Längst hat sich überall die Ueberzeugung durchgesetzt, daß der Krieg mit seiner Vergewaltigung abgeschlossen werden kann, daß Europa nach dieser furchtbaren Prüfung nur dann eine Periode der Festigung und Sammlung erlangen wird, wenn der Friede die wahren Lebensbedingungen aller Staaten und Völker unangetastet beläßt. Diese klare Bestimmtheit besitzt die Erklärung der russischen Regierung nun nicht. Das freie Rußland hat nicht das Ziel, andere Völker zu beherrschen, ihnen ihr nationales Erbe wegzunehmen und gewaltsam fremdes Gebiet zu besetzen. Das klingt wie ein feierlicher Bruch mit dem erobersüchtigen Zarismus, wie eine entschiedene Abkehr von den Gedanken und Vorstellungen, die das despotische Rußland bewegt haben. Aber der Eroberungsgedanke ist ja niemals nicht hervorgetreten; er hat das Feigenblatt der Befreiung angeblich geknechtet und unerlöster Völker auch im zaristischen Rußland nicht verschmäht. Der Gedanke, daß die Völker ihr Schicksal selbst bestimmen, kann ebenso den höchsten sittlichen Grundsatz aussprechen, wie er dem imperialistischen Eroberungskrieg als Vorwand dienen kann. Wenn die russische Regierung dem Volke zuruft, das Vaterland sei in Gefahr, so kann das natürlich bedeuten, daß die eroberte Freiheit noch nicht gesichert, noch nicht gesichert sei, daß noch viel Arbeit notwendig sein wird, um das neue und freie Rußland aufzubauen. Aber es kann auch die Absicht obwalten, das russische Volk mit der Vorstellung zu erfüllen, daß die Gegner, die der Freiheit abhold sind, aus dem revolutionären Umsturz der verstärkten Antriebe zur Befestigung und Vernichtung des freien Rußlands empfangen haben; es kann also auch die Absicht obwalten, dem erlöschenden Kriegswillen neuen Schwung einzubringen, indem der Krieg zu einem Kriege für die Bewahrung und Erstarkung der neuen Freiheit erhoben wird. Die russische Regierung versichert, daß sie dem Volke die ganze Wahrheit sagen wolle. Aber in ihrer Erklärung, die ja freilich auch für die teuren Verbündeten abgegeben wird, steckt mehr Diplomatie als Wahrheit.

Aber man soll den Wortlaut solcher Erklärungen nicht so hoch schätzen und keineswegs meinen, daß den Worten der letzte Gedanke gleichsam abgelesen werden kann. Jede Regierung spricht heute auch zum Feinde, und vor dem sich nicht bloßzustellen, dem nicht zu zeigen, daß man schwach zu werden beginnt, ist ihre wichtigste Sorge. Kann man erwarten, die revolutionäre Regierung werde aufstehen und bekennen, daß Rußland unermögend sei, den Krieg fortzuführen, daß seine Kraft gebrochen sei und es daher entschlossen ist, den Krieg aufzuheben und Frieden zu schließen, der dann natürlich ein Friede um jeden Preis sein müßte? Es wäre freilich besser und auch zweckdienlicher, wenn die Regierungen das System der Täuschung aufgeben und miteinander ehrlich und aufrichtig sprechen wollten; man käme dann ungleich rascher an das von ihnen gewollte Ziel. Aber sobald nur eine Regierung an dem Gedanken festhält, daß man den Gegner verblüffen und blenden müsse, so lange ist jede gezwungen, mit der Aufrichtigkeit hauszuhalten. Entscheidend scheint uns zweierlei. Erstens, daß starke, ja derzeit die in Rußland härtesten Kräfte entschlossen für den Frieden wirken, den Krieg wirklich beenden wollen und für einen vernünftigen Friedensschluß, der die Ehre und die Lebensnotwendigkeiten aller am Kriege Beteiligten berücksichtigt, die Stimmung vorbereiten. In dem Beschluß der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten tritt die wahre russische Volkseele mit der größten Entschiedenheit hervor, und daß dieser Rat auf die neue Regierung den größten Einfluß besitzt, ist geradezu bestimmt, hat der Verkehrsminister Refrasow auf dem Kadettenkongreß ausdrücklich bestätigt. Das zweite aber ist, daß die Fortführung des Krieges, von der nur das eine gewiß ist, daß sie die Blutopfer entsetzlich mehren würde, die Errungenschaften der Revolution gefährdet, ein ehrenvoller Friede, sie aber sichert. Wie immer man den Kriegeserben der neuen Männer in Rußland einschätzen möge, das eine leidet wohl keinen Zweifel: daß ihnen die eroberte Freiheit wichtiger ist, als Krieg und Kriegsruch, daß sie sich zum Kriege nur bekennen würden, wenn die Behauptung der revolutionären Errungenschaften ihn als nötig erkennen ließe, daß sie ihn aufgeben werden, wenn sie

erkennen, daß er, um das freie Rußland zu begründen, nicht nur nicht notwendig, sondern geradezu schädlich ist. Das ergibt sich zwingend aus den Dingen selbst, und keine der Kriegsreden, die Herr Miljukow zur Beschwichtigung seiner Londoner Freunde hält, vermag diese immanente Logik der Revolution abzuschwächen.

Ein ehrenvoller Friede muß es natürlich sein, der dem russischen Volke ermöglicht und angeboten wird. Der Nachdruck in der Erklärung der russischen Regierung liegt in dem Satz, das russische Volk werde nicht zugeben, „daß sein Vaterland aus dem großen Kampfe erniedrigt und erschüttert in seinen Lebensbedingungen hervorgeht“. Die Revolution kann nicht damit beginnen, das Land in seinem Ansehen zu schmälern, sie kann sich nicht als Geschlagene bekennen, der der Gegner die Friedensbedingungen diktiert; das hieße den kontrevolutionären Kräften, die ja in dem weiten Rußland nicht erloschen sein werden, Vorstoß leisten. Aber zum Frieden geneigt sind die Revolutionäre, denn nur im Frieden können sie die gewaltige Aufgabe des Aufbaues eines neuen und freien Rußlands bezwingen. Hier erwacht nun den Staatsmännern der Mittelmächte die an Schwierigkeiten nicht geringe, aber an fruchtbaren Möglichkeiten reiche Aufgabe, den neuen Männern in Rußland die Ueberzeugung zu vermitteln, daß der Friede, den wir Rußland vorzuschlagen, ein Friede ist, der, wie er unser Lebensrecht und unsere Daseinsnotwendigkeit wahr, auch ihre Würde und ihre Lebensbedingungen unangetastet läßt. Ein neuer Geist, der der Geist der Freiheit und Demokratie ist, kann auch nach außen nicht auf Eroberung und Gewalt gestimmt sein. Rechnen wir mit diesem Geiste und im Zeichen der Freiheit werden die verheßten Völker und Staaten sich nicht schwer finden.

### Zum Frieden bereit.

Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ bringt an der Spitze ihrer Sonntagsausgabe folgende offizielle Note:

Die provisorische Regierung in St. Petersburg hat unterm 10. April eine Kundgebung erlassen, die in ihren wesentlichsten Punkten mit den mehrfach wiederholten Erklärungen Deutschlands und seiner Verbündeten übereinstimmt. Danach erstreben beide Parteien nichts anderes als die Sicherung des Daseins, der Ehre und der Entwicklungsfreiheit ihrer Völker. Weder im Wünsche noch im Interesse der Mittelmächte liegt es, daß das russische Volk aus dem Kampfe erniedrigt oder in seinen Lebensbedingungen erschüttert hervorgeht. Sie beabsichtigen nicht, Ehre oder Freiheit des russischen Volkes anzutasten und haben keinen anderen Wunsch, als mit einem zufriedenen Nachbarn in Eintracht und Freundschaft zu leben.

Dabei liegt es Deutschland völlig fern, sich in die Neuordnung der russischen Verhältnisse einmischen oder gar in der Stunde, wo die russische Freiheit geboren wurde, Rußland von neuem bedrohen zu wollen. Der russische Seeresericht vom 11. d. Mts. irt, wenn er ein militärisches Unternehmen der deutschen Truppen, das von einer unabhängigen, drücklichen begrenzten tatsächlichen Notwendigkeit vorgeschrieben war, als eine arößere Kriegshandlung von allgemeiner Bedeutung ansieht. Wenn das russische Volk noch länger blutet und leidet, statt sich ruhig und ungehindert dem inneren Ausbau seiner Freiheit zu widmen, so ist nicht Deutschland daran schuld. Die Schuld liegt dort, wo Interesse am Fortgang des Krieges besteht. Wo findet er in der Erklärung vom 10. April ausgesprochene Friedenswille des russischen Volkes den entschiedensten Widerspruch? Bei seinen eigenen Verbündeten. England, Frankreich, Italien und die ihnen angeschlossenen Alliierten haben bei Ablehnung des Friedensangebotes der Mittelmächte es ganz unverhüllt ausgesprochen, daß sie nur Frieden schließen würden unter der Bedingung, daß Deutschland weiter, ihm rechtmäßig zugehöriger Länderstriche beraubt, Oesterreich-Ungarn zertrümmert, die Türkei aus Europa verdrängt und in Kleinasien in weitem Umfange aufgeteilt würde. Das russische Volk wird — niemand wird es anders erwarten — den Verpflichtungen gegen seine Verbündeten treu bleiben. Aber das russische Volk soll wissen, daß seine Söhne noch fernerkampfen und sterben müssen, weil seine Verbündeten es so wollen, um ihre eigenen Eroberungs- und Annexionspläne durchzusetzen. Das ist der Grund, weshalb Rußland hungert und leiden soll, anstatt sich der neu errungenen Freiheit zu freuen und sich im friedlichen Verkehr mit seinen Nachbarn den Werken des Fortschritts und den Idealen der Menschheit zu widmen.

Zugleich erschien auch nachstehende offizielle österreichisch-ungarische Note:

Die Regierung der österreichisch-ungarischen Monarchie erhielt von der am 11. April veröffentlichten Erklärung der provisorischen Regierung Rußlands Kenntnis. Sie entnahm hieraus, daß Rußland nicht die Absicht verfolgt, andere Völker zu beherrschen und ihnen ihr nationales Erbe wegzunehmen und gewaltsam fremdes Gebiet zu besetzen; daß es vielmehr einen dauernden Frieden auf Grund des Rechtes der Völker,

ihr Schicksal selbst zu bestimmen, herbeiführen will. — Die österreichisch-ungarische Regierung ersah hieraus, daß die provisorische russische Regierung ein Ziel zu erreichen wünscht, welches sich mit jenem deckt, das der Minister des Aeußern in einem am 31. März gewährten Interview als Kriegsziel der österreichisch-ungarischen Monarchie bezeichnet. Es kann demnach festgestellt werden, daß die österreichisch-ungarische Regierung und die provisorische russische Regierung in gleicher Weise einen für beide Teile ehrenvollen Frieden erstreben, einen Frieden, welcher, wie es in dem Friedensangebot Oesterreich-Ungarns und seiner Verbündeten vom 12. Dezember 1916 heißt, Ehre und Entwicklungsfähigkeit der kriegführenden Staaten sichert. Die damals ausgesprochene Ueberzeugung der Verbündeten, daß ihre Rechte und begründeten Ansprüche mit jenen der anderen Nationen sich widerspruchlos vereinigen lassen würden, besteht heute, nach der Erklärung der provisorischen russischen Regierung, in verstärktem Maße fort. — Da hiermit der ganzen Welt und insbesondere den Völkern Rußlands klar vor Augen geführt erscheint, daß Rußland nicht mehr gezwungen ist, für seine Verteidigung und für die Freiheit seiner Völker zu kämpfen, kann es bei dieser Gleichheit der Ziele der Regierungen der Verbündeten und der provisorischen Regierung Rußlands nicht schwer sein, einen

Weg der Verständigung zu finden, und dies um so weniger, als der Kaiser von Oesterreich und Apostolischer König von Ungarn in Uebereinstimmung mit den ihm verbündeten Monarchen, den Wunsch hegt, in Zukunft mit einem, in seinen inneren und äußeren Lebensbedingungen gesicherten und zufriedenen russischen Volk in Frieden und Freundschaft zu leben.

Diese beiden offiziellen Erklärungen sind geeignet, uns einen wesentlichen Schritt weiter auf dem Wege zum Frieden zu bringen. Es handelt sich nun darum, daß von irgend einer Seite die Verhandlungen angebahnt werden, eventuell unter Berücksichtigung des Vorschlages des österreichischen Ministers des Aeußern, Grafen Czernin, der bekanntlich angeregt hat, ohne Unterbrechungen der Feindseligkeiten zunächst einmal zu Friedensverhandlungen zusammenzutreten. Das wäre ein Weg, der uns den Frieden bringen würde.

Daß in Rußland nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch weite Kreise des Handels und der Industrie den Frieden wollen, geht aus folgender Meldung aus Stockholm hervor:

In der Sitzung des russischen Handels-Industrie-Kongresses stand im Mittelpunkt der Beratung das Friedensproblem. Die meisten der Anwesenden erklärten sich für die baldige Einleitung von Friedensverhandlungen. Die Kriegsziele der Kadetten wurden energisch verworfen. Die Eroberung von Konstantinopel und der Dardanellen sei utopisch und für Rußland völlig überflüssig. Sie würde nur den Anlaß zu neuen Kriegen bieten. Die russische Bürgerklasse müßte ebenso energisch wie die Arbeiterschaft allen Annexionsplänen entsagen.

Dieser Beschluß spiegelt ebenfalls die Stimmung der weitesten russischen Volkskreise wieder; er wiegt um so schwerer, als hier Vertreter des Handels und der Industrie gesprochen haben. Trotz mancher Wolke, die noch die Friedenssonne verdunkelt, trotz manchen Raubreiß, der demartigen Friedensstein zu vernichten droht, stimmen wir dem Grafen Czernin zu, der in einem Schreiben an den Wiener Bürgermeister betont: „Das furchtbare Drama des Weltkrieges nähert sich seinem Ende!“

### Vom Tage.

Die Kämpfe im Westen tobten am Freitag und Sonnabend — abgelesen von Arras, wo infolge Verschiebung der deutschen Linie die Heftigkeit nachließ — mit unerminderter Stärke weiter. Gewaltige englische Truppenmassen griffen wiederholt an, ohne irgend welchen Erfolg zu erreichen.

Das französische Kriegsministerium hat die bekannte, in Paris in russischer Sprache erscheinende Zeitung „Natschalo“ für die Dauer eines Monats verboten. In seiner letzten Nummer schon war der Leitartikel, der die russische Revolution als Liquidierung des Krieges begrüßte, stark von der Zensur verstümmelt. In Pariser russischen Emigrantenkreisen ist eine starke Mißstimmung verbreitet über das Gerücht, daß die französische und englische Regierung beachtliche, nicht alle durch die provisorische russische Regierung anerkannten Flüchtlinge nach Rußland abreißen zu lassen, sondern nur an Anhänger des Krieges „bis ans Ende“ Pässe auszustellen.

Die nachfolgende Meldung des Wolff-Bureaus aus Stockholm, 14. April, bestätigt das Gerücht:

Die in Stockholm aus der Schweiz angekommene russische Resolutionäre veröffentlichten in der schwedischen Zeitung „Politiken“ eine Rundgebung, worin erklärt wird, daß England alles tat, um die Durchführung der politischen Annexion in Rußland zu verhindern. Die britische Regierung halte alle im Ausland wohnenden russischen Revolutionäre, die gegen den Krieg seien, zurück. Das Material hierüber solle demnach in einer von russischen Sozialisten aller Parteien beschlossenen Resolution veröffentlicht werden.

Der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich ließ den russischen Sozialisten durch Vermittlung des Internationalen Sozialistischen Bureaus folgende Erklärung zugehen:

Die deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich beglücken mit größter Freude und Genugung das heldenmütige Eingreifen des sozialistischen Proletariats Rußlands in die revolutionäre Bewegung, die unsere Genossen mit bewundernswürdiger Energie und mit hoffentlich stets wachsendem Erfolg in die Bahnen des Kampfes für Freiheit und Frieden zu lenken bemüht sind. Ueber alle Grenzen hinweg reichen wir unseren russischen Genossen die Hand und wünschen sehnlich, daß ihr Kampf den gequälten Völkern Europas den Frieden bringe, und daß der Sturz des zarischen Absolutismus die demokratische Entwicklung Europas, die Überwindung der Mächte der Reaktion entscheidend fördere. Wir wünschen der Sozialdemokratie Rußlands den Sieg über die kriegshörigen Elemente, die dergestalt auch innerhalb der revolutionären Bewegung mächtigen Einfluß zu haben scheinen.

Zugleich spricht der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich die erste Erwartung aus, daß die Regierungen der Zentralmächte ihre wiederholte von ihnen betonte Friedensbereitschaft unter den dem Frieden nunmehr weit günstiger gewordenen Bedingungen offen bekunden und wirksam betätigen werden.

## Von den Kriegsschauplätzen.

### Die Kriegstage.

1888. Straßes Hauptquartier, 15. April. (Amlich.)

#### Rechtlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Bei Oranien und südlich von Ypern zeitweilig rege Feuerstätigkeit.

Auf dem Schlachtfeld von Ytras kam es infolge Verschiebung unserer Komplikationen nördlich der Scarpe nur zu Heeren, für den Feind verlustreichen Gefechten.

Von der Scarpe-Niederung bis zur Bahn Ytras-Cambrai wurde gestern vermittels heftig gekämpft. In diesen Kämpfen griffen englische Divisionen mehrmals an; stets wurden sie unter heftigsten Verlusten zurückgeworfen. Kügel feierten großen Opfer an Engländern durch Abschlag unserer Truppen nach 300 Gefangenen und 20 Maschinengewehre ein.

#### Seeresgruppe deutscher Kronprinz.

Von Solihons bis Reims und in der westlichen Champagne löst die Artilleriefehlschläge weiter.

Französisches schweres Geschütz zerstörte in Soan mehrere Gebäude.

#### Seeresgruppe Herzog Albrecht.

In wenigen Abschnitten lebhaftes Geschützfeuer. Eigene Unternehmungen an der Nordküste von Verdun und bei Ban de Sapt in den Begegnen kriegsreifen Gefangenen und Stenk.

Im Artois, an der Aisne, in der Champagne und nördlich der Vogesen sehr rege Fliegerstätigkeit.

Engländer, Franzosen und Amerikaner verloren in Luftkämpfen 17, durch Abschlag von der Erde 4 Flugzeuge, außerdem 2 Javelbalkons.

Mittelmehrer Feindflug von Köln bis zum 14., Deutscher Schiffe 18, am 15. Segler ab.

Zwei drei Flugzeuggeschwader, die gestern Feindflug angriffen, wurden 3 englische Flieger zum Abschlag gebracht.

#### Deftlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

#### Mazedanische Front.

Lager Störungsfeuer im Oren-Logen keine wesentlichen Ereignisse.

#### Der Erste Generalquartiermeister.

#### Zusatzbericht.

1888. Berlin, 15. April. Abends.

An der Scarpe geringe, nördlich der Straße Sapaume-Cambrai lebhaftes Geschützfeuer.

Der zeitweilig zu äußerster Heftigkeit gesteigerte Artilleriekampf trübte an der Aisne und im Westen der Champagne weiter an.

Im Osten nichts Wesentliches.

1888. Wien, 14. April. (Amlich.)

Deftlicher und Südböhmischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern erfolglos die Italiener eine ebenso rege, wie erfolglose Fliegerstätigkeit. Feindliche Geschwader, die bei Pavia und gegen das Rippes-Tal einrückten, wurden von unseren Fliegern zurückgeworfen. Ein italienisches Flugzeug wurde bei Dornau ab. Die Italiener sind bei. Im Raum von Pavia und bei Pavia zwangen unsere Flieger die feindlichen Flugzeuge zur Umkehr. Die Bombardierung der Italiener hatten keine Wirkung. Unsere Flieger griffen mehrere Barackenlager im Garghien an.

Wien, 15. April. (Amlich.)

#### Deftlicher Kriegsschauplatz.

Nichts zu melden.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Unsere Abteilungen drangen auf dem Dolomiten-Gradenlapp in den italienischen Schutzwald bei Cignan ein, überwältigten die Besatzung und hielten mit 12 Gefangenen zurück.

#### Südböhmischer Kriegsschauplatz.

Wichtig von Aosta vertrieben unsere Abteilungen die französischen Besatzungen aus mehreren Ortschaften.

## Frankreich und Belgien.

### Der Luftkampf.

1888. Paris, 14. April. (Amlich.) Am 14. April, 1888, wurden von unsern Kampfflugzeugen vor der Nordküste der zwei französische Flugzeuge in Luftkämpfen abgeschlagen. Die vier Schiffe wurden gefangen genommen.

### Die gegenseitigen Feindberichte.

Französischer Bericht vom 14. April. Nachmittags: Der St. Quentin ist ein wichtiger Artillerieposten, die deut-

lichen Stellungen zwischen Somme und Dije zu beschließen. Während der Nacht keine Infanteriekämpfe. In der Aisne-Gegend schickten zwei deutsche Handstreichs im Feuer. Große beiderseitige Artillerietätigkeit in der Champagne. Die Franzosen führten auf diesem Frontteil zahlreiche Erkundungen durch und brachten Gefangene ein. Bei la Chapelle wurde eine deutsche Erkundungsabteilung, die sich nach heftiger Beschützung unserer Linien zu nähern versuchte, zerstreut und in ihre Gräben zurückgetrieben.

Abends: Zwischen St. Quentin und der Dije setzten unsere Batterien ihr Zerstorungsfeuer fort. Unsere Truppen richteten sich auf dem Boden ein, den wir gestern dem Feinde abgenommen hatten. Der Feind erwiderte mit seiner Artillerie durch Feuer auf unsere vordersten Linien, besonders vom Tal der Somme bis südlich der Dije. Wir machten Fortschritte auf dem Plateau nordöstlich Quincy Bassé. Unsere Artillerie war besonders gegen die deutschen Einrichtungen im Walde von St. Gabain und im Hochwald von Courty tätig. Nördlich der Aisne und in Gegend Reims beiderseitiges Artilleriefeuer. In der Champagne und in den Vogesen ziemlich heftige Kanonade in den verschiedenen Abschnitten. Ein feindlicher Handstreich gegen unsere Vorposten nordöstlich Wille sur Tourbe scheiterte in unserem Feuer.

Englischer Bericht vom 14. April. Wir eroberten Japet, eine Weite nordwestlich St. Quentin und eine wichtige Stellung auf dem hochgelegenen Gelände östlich Verberies. Wir kamen auf der Straße Bapaume-Cambrai in Richtung Quant vorwärts und nahmen den Bahnhof von Winy und Laquandevie, sowie die feindlichen Teile eines Grabens und Suquet, zwischen Givendy-en-Gohelles und Angres, weg. Unter den in diesem Gebiet erbeuteten Geschützen befinden sich vier 8-Zoll-Haubitzen.

Zweiter englischer Bericht vom 14. April. Der bei den letzten Kampfhandlungen gewonnene Boden vereinigt die dem Feinde in der Schlacht bei Loß entzogenen Stellungen unter dem Einfluß Double Crastels (?). Ein feindlicher Angriffsvorstoß wurde in der Nacht östlich von Loß abgewiesen. Die Stadt Ciesin, die südwestlich Lens grenzt, wurde von uns heute morgen genommen. Eine beträchtliche Menge Kriegsmaterial fiel in unsere Hand. Nachmittags nahmen wir die Stadt St. Pierre, nordwestlich Lens. Unsere Truppen drängten auf dem ganzen Punkt vom Scarpe-Fluß bis südlich von Loß nach und erreichten die Punkte, die zwei bis drei Meilen östlich vom Rücken von Winy liegen. Südlich der Scarpe fanden den ganzen Tag schwere Kämpfe statt, in denen der Feind starke Reserven verbandte. Gegenangriffe folgten einander in kurzen Pausen. Unsere Truppen hielten überall die genommenen Stellungen und brachten dem Feinde ernste Verluste bei. Während des Tages machten wir auf breiter Front nördlich und südlich der Straße Bapaume-Cambrai Fortschritte. Im Verlauf einer Reihe wilder Kämpfe, die alle zu unsern Gunsten ausfielen, bahnten sich unsere Truppen während des Tages südlich und östlich Japet den Weg bis einige hundert Yards von St. Quentin und nahmen das Dorf Cricourt mit dem Bagnon. Der Feind leistete hartnäckigen Widerstand und hatte außer 400 Gefangenen schwere Verluste an Toten und Verwundeten. Ein feindlicher Gegenangriffsvorstoß wurde durch unsere Artillerie erstickt. Gestern und in der Nacht vom 12. April wurde von uns eine große Menge Sprengstoff auf feindliche Flugplätze gemorfen. Die feindliche Infanterie wurde erfolgreich durch Maschinengewehrfeuer angegriffen. Bei Luftkämpfen hinter den feindlichen Linien wurden vier deutsche Flugzeuge heruntergeholt und sechs andere zum Landen gezwungen. Zwölf unserer Flugzeuge sind nicht zurückgekehrt.

## Rußland.

### Der Arbeiter- und Soldatenrat

nahm mit 225 gegen 55 Stimmen den Kompromißantrag des ehemaligen Mitgliedes der zweiten Duma, Jerebelli, an. Derselbe beruht auf den Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrats vom 27. März an alle Völker und befaßt den feinsten Entschluß der russischen Demokratie, auf außerparlamentarischem Gebiete dieselben Grundzüge von Recht und Freiheit zu verwirklichen, wie sie für Rußlands inneres Leben bereits proklamiert, und der Antrag hebt die unerschütterliche Bedeutung der vorläufigen Regierung vom 4. April hervor, welche die russische Umwälzung als wichtigen Schritt zur Verwirklichung der demokratischen Ideen auf außerparlamentarischem Gebiete anerkennt. Ferner sagt der Antrag: Das revolutionäre russische Volk wird seine Instanzengänge für den Frieden auf der Grundlage der Brüderlichkeit und Gleichheit unter freien Völkern fortsetzen. Der offizielle Bericht aller Regierungen auf Annerzionsprogramme wäre ein mächtiges Mittel, den Krieg unter gleichen Bedingungen abzuschließen. Solange diese Bedingungen nicht verwirklicht sind, dauert der Krieg fort und erkennt auch die russische Demokratie, daß jedes Jähren an der Front eine Schwächung der Stärke Rußlands und keines Widerstandes und ein höchst verderblicher Schlag für die Sache der Freiheit sein müßte. Daher wendet sich der Kongreß an die russische Demokratie mit der Aufforderung, alle Kräfte des Landes innerhalb aller Zweige des Volkslebens zu mobilisieren und Front und Hinterland so zu verpflegen, wie der gegenwärtige Augenblick für den Erfolg der großen Revolution es erfordert. Der Kongreß wendet sich an alle Arbeiter in Fabriken und Werkstätten, Bergwerken, Eisenbahnen, Post, Telegraph und anderen Unternehmungen, die für die Armee hinter der Front arbeiten, die größte Intensität in der Arbeit zu entwickeln. Die Lohnfrage und die Rechte der Arbeiter nach weiteren Reformen dürfen nicht nur die Schwächung der Energie nicht vermindern, sondern es muß auch die Produktivität der Arbeit im größtmöglichen Grade gesteigert werden, um dem Volke und der Armee alles Unentbehrliche zu liefern.

Eine weitere Meldung besagt: Der in Petersburg tagende Kongreß des Arbeiter- und Soldatenrats gestattete sich nach Mitteilung russischer Blätter immer kürzer. Die Wirksamkeit der provisorischen Regierung wird einer vernünftigen Kritik unterzogen. Die Partei der Maximalisten fordert geradezu die Ablehnung des Damaskus-Vertrages, der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Stimmen für den Krieg wurden von keiner Seite erhoben, nur über die Art des Friedensschlusses herrschte verschiedene Auffassung. Die gemäßigten Sozialisten fordern zunächst Verhandlung mit den verbündeten Sozialisten, während die Radikalen die Verantwortung eines allgemeinen Friedens wünschen und den schnellsten Weg hierzu in einer Verständigung mit Deutschland sehen. Dies sei das einzige Mittel, um England zum Abgeben seiner imperialistischen Pläne zu zwingen. Der von Tschelischew ausgearbeitete Mehrheitsbeschluss stellt ein Kommando der. Bewerterwert ist, daß auch die Stimmung der Soldaten zur Fortsetzung des Krieges geteilt ist. Während einige, wie das Preobraschenski-Regiment es mit der legalistischen Mehrheit haben, fordern drei Petersburger Regimenter sofortige Verständigung mit Deutschland. Nachrichten aus der Provinz lassen die dortige Haltung der Soldaten im wesentlichen als friedensfreundlich erscheinen.

### Hohens Arbeitsminister?

Seine Unterabteilung erhielt die provisorische Regierung nach einer seiner Meldung durch eine von Damaskus-Vertragsen Badales geschickte, aber ein eigenes Parteiprogramm verjüngende sozialdemokratische Gruppe. Bekann, der eben erst aus Sibirien heimkehrte, machte zum Oberbaurat seines Staates Dr. Gerg Pischman, der lange Zeit in Frankreich und Italien publizistisch tätig war. Die neue Partei nimmt entschieden Stellung gegen die Sozialisten. (??) Hohens ist ein russischer Arbeitsminister ernannt worden. Dr. Pischman telegraphierte an seine Angehörigen in San Remo nach seiner Ankunft in Petersburg, daß die sozialistische Entscheidung in England seit Tagen keine Bedeutung in des Ministeriums habe erworben lassen. Ohne die letzte Proklamation des Ministerpräsidenten,

fürsten Erwan, hätte er jedoch die Berufung, die auf Veranlassung des Arbeiter- und Soldatenrats erfolgte, nicht angenommen.

### Das besetzte Finnland.

Eine Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur besagt: Der Sitzung des Landtages in Helsingfors am 13. April wohnte Justizminister Kereuski bei, der das Wort nahm, das freie finnländische Volk im Namen der provisorischen Regierung begrüßte und hervorhob, daß Rußland alles tun werde, damit Finnland auf immer frei bleibe. Er drückte die Hoffnung aus, daß das finnländische Volk seinerseits in dem gegenwärtigen schweren Augenblick der demokratischen Neubildung Rußlands diesen zu Hilfe kommen werde, um als treue Verbündete gemeinsam den Weg zur Gleichheit und Brüderlichkeit zu wählen. Von finnischer Seite hat Tolmant den Minister, dem russischen Volk den Dank des Landtages für den brüderlichen Gruß zu übermitteln und betonte, daß in Zukunft zwischen den beiden Völkern vollständiges Einverständnis auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens herrschen werde.

### Polen und der russische Aufruf.

Die sozialdemokratischen Blätter der Schweiz veröffentlichten den Aufruf der auswärtigen Verbreitung des Gesamtan schlusses der politischen sozialistischen Partei an das revolutionäre Proletariat Rußlands, in dem jene äußerst scharf von der vorläufigen Regierung Rußlands abrukt, diese selbst als Trägerin der alten imperialistischen Ziele Rußlands bezeichnet, und ihre Besprechungen in bezug auf Polen als leere Phrasen hinstellt.

Der Krieg solle weiter andauern, damit unter dem Vorwand der Befreiung Polens die territoriale militärische Basis der russischen Macht bis zu dem Karpathenwall und an die Oder erweitert werde. Das Hauptziel sei aber nicht etwa Eroberung und Vereinigung aller polnischen Länder, sondern seien die türkischen Meerengen, Polen sei ein demagogisches Blendwerk. Dann heißt es weiter: Hinter dem Rücken Mikulows und Gutschkows stehen Suchanau und Lloyd George, steht der gewaltige britische Imperialismus, welcher der eigentliche Diktator der ganzen Entente geworden ist. Die vorläufige Regierung, die ihr Entstehen der Revolution verdankt, legt den Treuschwur den Militärs des Zarismus ab, nicht dem englischen und französischen Volk, sondern dem imperialistischen Regierungen Englands und Frankreichs. Säubner des französisch-englischen Kapitals, werden sie auch morgen auf seine vermehrte Beihilfe angewiesen sein. Auf den Feldern Litauens, Wolhyniens und der Bukowina, gleichwie in den Bergen Armeniens und in Berlin ist der russische Soldat verurteilt, für die Befestigung und Vermehrung der britischen Weltmacht, für ihre Beherrschung Afrikas, für die Besitzergreifung Mesopotamiens und Arabiens durch England weiterzukämpfen.

Die Verheißungen der vorläufigen Regierung, ein geeinigtes unabhängiges Polen mit dem Schwert zu erkämpfen, sei eine hohle Phraserei. Die Erfahrungen dreier Jahre hätten die Unmöglichkeit dargetan, die Wehrmacht der Mittelmächte zu zerschmettern. Sollte aber das Unwahrscheinliche zur Wirklichkeit werden, so würde „Polen vollends zu einem ungeheuren blutdürstigen Trümmerhaufen“.

## Der Seekrieg.

Zum Mittelmeer weitere 12 Dampfer und 14 Segler versenkt.

1888. Berlin, 14. April. (Amlich.) Im Mittelmeer wurden nach neu eingetroffenen Meldungen weitere 12 Dampfer und 14 Segler mit 50 000 Brutto-Registertonnen versenkt, darunter am 25. März vor Alexandrien der bewaffnete englische Dampfer „Valore“ (4926 Br.-Reg.-To.) mit 7000 Tonnen Kohlen von Glasgow nach Alexandrien, am 31. März ein unbekannter bewaffneter Dampfer von etwa 5000 Br.-Reg.-To., der sich mit Kohlen auf dem Wege nach Neapel befand, am 1. April der bewaffnete englische Dampfer „Warren“, 3700 Brutto-Reg.-To. mit 5000 Tonnen Gerste und Mais auf dem Wege nach Spezia und ein unbekannter vollbeladener Dampfer von 5000 Br.-Reg.-To., der durch vier Fischdampfer gesichert war. Am 3. April wurde ein unbekannter bewaffneter Material-Transportdampfer von etwa 5000 Br.-Reg.-To., ein unbekannter englischer Tankdampfer von etwa 4000 Br.-Reg.-To., drei italienische Segler mit etwa 1000 Tonnen Phosphat, von Tunis nach Livorno, versenkt; am 4. April ein unbekannter vollbeladener bewaffneter Dampfer von etwa 4000 Br.-Reg.-To., begleitet von zwei Fischdampfern und am 5. April der norwegische Dampfer „Solstad“ (4300 Br.-Reg.-To.) mit 6495 Tonnen Weizen von Australien nach Livorno.

### Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Ein englisches Hospitalschiff im Kanal gesunken. Die englische Admiralität meldet: Das Hospitalschiff „Satta“, das keine Verwundeten an Bord hatte (7284 Brutto-Registertonnen), lief im Kanal auf eine Mine. 52 Personen ertranken, darunter 5 Aerzte und 9 Pflegerinnen.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Auch Bolivien gegen Deutschland.

Bolivien brach die Beziehungen zu Deutschland ab.

Nach der deutschen Handelschiffe durch Mexiko.

Nach einer Londoner Depesche des „Algerien Handelsblad“ kommt aus New York die Nachricht, daß die amerikanische Regierung auch die beschlagnahmten deutschen und österreichischen Handelschiffe verwenden wird und außerdem beschlagnahmt, eine Anzahl von Küstenfahrern für die Ozeanfahrt umzubauen.

### Braßiliens Kriegsvorbereitungen.

Nach einer Meldung der Agence Havas aus Rio de Janeiro hat der brasilianische Minister des Auswärtigen durch den deutschen Gesandten in Bern die Brasilianer in Deutschland auffordern lassen, innerhalb 24 Stunden das Deutsche Reich zu verlassen.

### Amerikanische Anschläge gegen europäische Neutrals.

„Morning Post“ erfährt aus Washington, daß der Senator Ring beantragt hat, vom Handelsdepartement Informationen über amerikanische Waren zu verlangen, die während des Krieges über Schweden, Norwegen, Dänemark, die Niederlande und die Schweiz nach Deutschland gelangt sind. Ring erklärte, er habe die Absicht, einen Antrag einzubringen, daß die Ausfuhr nach neutralen Ländern, die mit Deutschland Handel treiben, einzustellen sei. Der Vorsitzende des neu errichteten Departements für die Lebensmittelversorgung schlug vor, die

Schleibetransporte nach neutralen Ländern, die an Deutschland grenzen, zu verbieten. „New York Times“ schlägt vor, in den an Deutschland grenzenden neutralen Ländern Amerikaner mit der Bewachung der Grenzen zu beauftragen. Sie würden dafür zu sorgen haben, daß jeder Handel mit Deutschland aufhört. Falls die betreffenden Länder sich dagegen sträuben, müßte ihnen die Zufuhr aus Amerika vollständig abgeschnitten werden. — Ganz nach englischem Muster!

**Zusammenziehung einer amerikanischen Streitmacht an der Grenze Mexikos.**  
Laut „Waller Nachrichten“ meldet die Agencia Americana aus Neuyork, daß die Vereinigten Staaten an der mexikanischen Grenze eine Streitmacht von 50 000 Mann zusammenziehen, um etwaigen Angriffen der Revolutionäre Willas zu begegnen.

## Nus Lübed und den Nachbargebieten.

Montag, 16. April.  
Die Frage der Wahlrechtsreform ist gegenwärtig wieder besonders aktuell geworden. Die Beseitigung des Klassenwahlrechts in Preußen, die von der Arbeiterschaft und weiteren Schichten des Bürgertums immer und immer wieder gefordert wurde, ist zu Ostern durch eine laienhafte Volksgast angeleitet worden. Auch in Braunschweig soll ein gerechteres Wahlrecht geschaffen werden. Und jetzt kommt auch aus Hamburg die Kunde, daß der Senat bei der Bürgerchaft einen Antrag eingebracht hat, der die Aenderung des dortigen Wahlrechts zum Gegenstand hat. Ueberall muß man es als unerträglich erkennen, daß das Volk, das jetzt im Kriege so kostbare Opfer an Blut und Gut bringt, nach Friedensschluß wieder in politisch bevorrechtigte und entrechtete Klassen eingeteilt wird.

Ein ausgeprägtes Klassenwahlrecht, das aufgebaut ist auf das Einkommen der Bürger, besteht aber auch hier in Lübed. Die Bürger mit einem Einkommen von über 2000 Mark, die an Zahl weit in der Minderheit sind, haben von 120 Bürgerchaftsmittgliedern nicht weniger als 115 zu wählen! Ein derartiges Wahlrecht würde seinerzeit beschloffen, um die Vertreter der Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, zur Einflußlosigkeit zu verdammen. Das ist klar zum Ausdruck gebracht worden. Soll dieses Klassenwahlrecht auch nach dem Kriege weiter bestehen bleiben? Nimmermehr! Von der sozialdemokratischen Fraktion ist wiederholt, zuletzt bei der Beratung des Haushaltsplanes im März ds. Js., gefordert worden, der Senat solle endlich Schritte zur Reform des Bürgerchaftswahlrechts unternehmen, um eine Gleichberechtigung aller wählbaren Staatsangehörigen herbeizuführen. Am Regierungstische schwieg man dazu. Im Jahre 1915 hatte der ständige Senatskommissar und jetzige Bürgermeister in einigen unverbindlichen Redewendungen eine „Prüfung“ dieser bedeutungsvollen Frage durch den Senat in Aussicht gestellt und der jetzige Vorsitzende der Bürgerchaft ausdrücklich betont, daß sich das bisherige Wahlrecht nicht mehr aufrecht erhalten lasse. Man darf wohl erwarten, daß zwei Jahre Prüfung für den Lübeder Senat ausgereicht haben, um ihn endlich zu der Erkenntnis zu bringen, daß die Wahlrechtsreform notwendig ist und wie sie erfolgen muß. Nachdem Hamburg und Preußen vorangegangen sind, die sonst bei uns so häufig zum Muster genommen werden, auch wenn es nicht gerade erwünscht ist, darf wohl bestimmt angenommen werden, daß Lübed demnächst folgt. Die Bevölkerung erwartet das.

**Einigung im Lübeder Baugewerbe.** Auf Veranlassung des Kriegsamtes in Altona ist am Sonnabend, dem 14. April, zwischen dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Lübed und der Tarifkommission der Bauarbeiter und Zimmerer folgender Vertrag vereinbart:

1. Lohn und Arbeitsbedingungen für die in Blankensee ausführenden Kriegsarbeiten. Zwischen dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Lübed einerseits und dem Deutschen Bauarbeiterverband sowie dem Zentralverband der Zimmerer Deutschlands andererseits sind am 14. April 1917 die nachstehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen vereinbart. Auf diese Lohn- und Arbeitsbedingungen sind alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer verpflichtet, die auf der Baustelle Blankensee Kriegsbauten auführen bezw. dort bei diesen beschäftigt werden.

1. Arbeitszeit. Die normale tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, und zwar von morgens 6½ Uhr bis abends 6 Uhr mit folgenden Pausen: von 8½ bis 9 Uhr Frühstück, von 12 bis 1 Uhr Mittag.

2. Löhne. Der Lohn für Maurer, Zimmerer, Einschaler, Zementfaserarbeiter beträgt für die tarifmäßige normale Arbeitszeit von 10 Stunden für die Stunde 1,01 Mk., für Flechter, Dieger, sämtliche Bauhilfs- und Betonarbeiter für die Stunde 0,91 Mk. Für Erdarbeiter die Stunde 0,81 Mk. Die Lohnsätze jüngerer Arbeitnehmer unterliegen besonderer Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach Alter und Leistung, soweit sie das 18. Lebensjahr erreicht haben.

3. Ueberstunden. Auf Anforderung der Bauleitung sind Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeitsstunden zu leisten. Als Ueberstunde gilt die Zeit von 5-6 Uhr morgens und von 6-8 Uhr abends. Nacharbeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. Sonntagsarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen von 5 Uhr morgens bis abends 12 Uhr. An Lohnzuschlag sind zu zahlen: 15 Pfg. für die Ueberstunden, dagegen 25 Pfg. für Nacht- und Sonntagsarbeit. Lohnzahlung erfolgt jeden Sonnabend während der Arbeitszeit. Bei Regenwetter wird weitgehend darauf hingewirkt, daß die Arbeiter nicht auszuhäfen brauchen. Das gleiche ist bei gelindem Frostwetter der Fall. Sollte infolge starken Frostwetters die Arbeit eingestellt werden, so ist den zur Arbeit Gefommenen die Hin- und Rückfahrt als Arbeitszeit zu vergüten.

4. Schlichtungsverfahren. Zur Schlichtung der sich etwa ergebenden Streitigkeiten zwischen den die Arbeit ausführenden Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird eine paritätische Kommission eingesetzt, bestehend aus Vertretern des Militärbauamtes und den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Für den Fall, daß die Parteien sich nicht einigen können, soll das stellvertretende Generalkommando des IX. Armeekorps gebildet werden, die Vermittlung zu übernehmen. Der Vertrag tritt am 14. April 1917 in Kraft.

Lübed, den 14. April 1917.  
Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Lübed.  
W. Stender.  
Der Deutsche Bauarbeiterverband.  
F. Steen.  
Der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.  
C. Gamm.

Für die übrigen im Vertragsgebiet liegenden Bauten erfolgt bei 10-stündiger Arbeitszeit zu den jetzt gezahlten tarifmäßigen Löhnen ein Zuschlag für die Gesellen pro Stunde 8 Pfg., für Bauhilfsarbeiter pro Stunde 10 Pfg. als Abschlagszahlung für die demnächst zu erfolgenden zentralen Verhandlungen. Die Kollegen haben diesem an dem am Sonnabend abend stattgefundenen Versammlung zugestimmt und die Arbeit am Montag wieder aufgenommen. Damit ist der Friede im Baugewerbe wieder eingeleitet.

# Der „Lübeder Volksbote“

ist das  
volkstümlichste Blatt Lübeds  
und der Umgegend.

Er erläutert die Kriensereignisse in streng wahrheitsgemäßer, für den einfachen Mann verständlicher Art!  
Er scheidet alle Sensationsnachrichten aus und macht unverbürgte Nachrichten als solche kenntlich!  
Er kämpft gegen den Wucher und die Preissteigerung unserer Lebensmittel und Gebrauchsartikel!  
Er tritt für eine ausreichende und gerechte Kriegsfinanzierung ein!  
Er vertritt die Kriegereinfamilien in allen Fragen der Unterstützung und Versorgung!  
Er spricht gegen den Völkerverhaß und bahnt einen friedlichen Verständigungsweg!  
Er wird in vielen Exemplaren von den Soldaten im Felde gelesen und täglich aufs neue von ihnen verlangt!  
Der „Lübeder Volksbote“ vertritt die Interessen der Werttätigen aller Berufe und Stände in dem Rahmen, den die verschärften Gesetze zulassen!  
**Man überzeuge sich durch ständiges Lesen des „Lübeder Volksboten“!**

Jeder Arbeiter, jeder Bürger, jeder Beamte hat das Recht, den „Volksboten“ zu lesen und wird ihn bald nicht mehr entbehren wollen.  
Einzelnnummer 10 Pfg. Monatlich ins Haus 80 Pfg.

Der erste schöne Frühlingstag war der gestrige Sonntag. Er brachte Sonnenschein und die langentbehrte Wärme, deren die Natur zu ihrer Wiederentfaltung so sehr bedarf. Viele fleißige Hände waren bei der Landbestellung tätig. Groß war auch die Zahl der Ausflügler. Die mitternächtliche Stunde brachte dann die Überleitung der richtigen Zeit in die Sommerzeit, die eine arbeitsreiche Ausnutzung des Sonnenlichts bezweckt. Wir leben jetzt unter der Sommerzeit in der Hoffnung, daß sich auch der Sommer danach richten wird und mit ihr kommt.

Freunden des Alltags. Eine bürgerliche Frau schreibt der Wiener „Arbeiter-Zeitung“: „Daß wir durch den Krieg ärmer an Glück geworden sind, ist selbstverständlich. Wer Krieg sagt, sagt Unglück und Tränen. Aber auch an den kleinen Freuden des Alltags haben wir Abbruch gelitten, an den harmlosen Vergnügungen, die namentlich für uns Frauen so viel bedeuten. Sie brachten niemand Schaden und waren in ihrer Gesamtheit doch die Hülle des Glücks.“

Da war der Hausfrauenkollekt über die blühende Küche, über ein besonders gut gelungenes Gericht, zu dem man allein das angestrichelte „Geheimrezept“ besaß, die bezahllichen Stunden, da man nach getaner Arbeit mit einer Freundin stichelnd und schmeichelnd beisammen saß, Pläne schmiedend für einen Sonntagsausflug oder gar eine kleine Reise. Da man mit Genugtuung die Stickerarbeiten verglich, jede im stillen Gefühl: mein Tischläufer wird doch schöner!

Oder die hellen Sonntagsmorgens, die Gelegenheit boten, einen neuen Hut spazierenzuführen und sich einzubilden, das selbstgarnierte Kunstwerk wäre genau so reizend aus wie das Muster, das in der Auslage stand. Die Wärme, mit der man einen schönen Frühling für den Mann einlud, und das Späggelüsch, ihn mit diesem Lieblingsgericht, dem Ergebnis längerer raffiniertester Sparmassregeln, überraschen zu können.

Das alles ist nicht viel, nicht groß und doch in seiner Summe — das Glück. Man braucht sich dieser Freuden an den Kleinigkeiten wahrlich nicht zu freuen, hat sich doch ein starker und männlicher Geist wie Th. Bilger offen dazu bekannt. Der sagt oder läßt den „Auch Einer“ sagen, er könnte ruhig den Gedanken an den Tod ertragen. Aber daß auch das einmal aufhören soll: „ein gutes Glas Wein und ein Schwächchen mit dem Nachbarn dazu“, das ist seine ihm fürchterlich.

Es hat für uns alle jetzt ein Ende gefunden. Das Einkommen der Lebensmittelpreise ist bekanntlich alles eher denn ein Vergnügen. Wenn man Bekannte dabei trifft, so fragt man einander nur rasch und schon nach dem Verschleiß des Mannes, voll Angst, wieder einmal Tränen und ein stummes Abwenden zur Antwort zu bekommen. Von neuen Hüten träumt man nicht einmal — viel leicht würde auch das schon Geld kosten —, und die Kleider, die man unbedingt kaufen muß, haßt man, wie man Käufer haßt. Von Ausflügen ist keine Rede, denn einsame Wanderungen sind sehr Vergnügen, und die einsamste Erntearbeit, mit der man mühselig, aber angustvolle Stunden füllen könnte, kostet so viel, daß man nicht einmal daran denken darf. Und daß man in Haus und Küche viel Genugtuung erlebt, wird wohl keine Hausfrau behaupten können.

So sind wir ärmer geworden, wir Frauen alle, auch die, die niemand zu beweiuen haben. Jede Stunde der Fröhlichkeit war ein Kräftevermögen für das Alter und das Leid; wir haben viel verloren in diesen Kriegsjahren. Ernst und schwer liegt die Zukunft vor uns. Selbst wenn wir wieder Frieden haben werden, ist es auf lange, auf endlos lange Zeit vorbei mit den „kleinen Freuden des Alltags“.

Ein Merkblatt über den Postverkehr mit einliegendem Bordruck zum Antrag auf Eröffnung eines Postkontos wird in der nächsten Zeit durch die Briefträger verteilt werden. Allen denen, die dem Postverkehr noch fernstehen, bietet sich hierdurch eine bequeme Gelegenheit, sich ein Postkonto eröffnen zu lassen. Durch den Beitritt zum Postverkehr erlangen sie die im Merkblatt angegebene Vorteile und erfüllen zugleich eine vaterländische Pflicht, indem sie zur Verringerung des Umlaufs an barem Gelde und zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs beitragen.

Die Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat März beim hiesigen Steueramt ein: Einkommensteuer 74 808,71 Mark, Gewerbesteuer 76, — Mk., Wertzuwachssteuer 5 998, — Mark, Grundsteuer 6 231,17 Mk., Erbschaftsteuer einschließlich Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer 13 261,67 Mark, Veräußerungsabgabe 21 861,48 Mk., Stempelabgabe 13 906, — Mark, zusammen 141 131,63 Mk. gegen 127 863,88 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 13 267,75 Mk. mehr. Vom 1. April 1916 bis Ende März 1917 gingen insgesamt 7 551 373,55 Mk. ein gegen 7 091 349,90 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres; mithin 460 023,65 Mk. mehr.

„wb. Hansatheater. „Rheingau“, ein lebendes Bild von Ernst Albert, verbindende Musik von Hugo Schlippe, erlebte gestern im Theater an der Moisfingter Allee seine Uraufführung. Das Spiel führt uns in ein rheinisches Gartenlokal. Ein Literaturprofessor trifft dort mit vertriebenen Mädchen und verlebten Studenten zusammen. Der Zauber seiner Jugend erscheint ihm wieder. Er fühlt sich bei Weib, Gesang und dem edlen Nebenbuhler wieder jung. Und die schönsten unserer alten deutschen Volkslieder steigen in ihrem ganzen Reiz empur. Leider fehlen die Weinsänger Simrock und Baumbach. Das erste Lieb, mit dem das Spiel eröffnet wird, ist unseres Wissens in Jena entstanden. Besonders wirkungsvoll war Heines „Loreley“. In diesen alten Liedern lebt und funktelt es von Liebe, Lust und Leid. Jahrhunderte liegen meist zwischen ihrer Entfaltung und heute. Ihre Schöpfer sind unbekannt geblieben und es ist gewiß verdienstvoll, sie in einem romantischen Rahmen dem großen Publikum vorzuführen. Aber dem Spiel Albers fehlte es doch allzujahr an Handlung und diesen Mangel vermochte auch die Musik Hugo Schlippes nicht auszugleichen. Stellenweise beeinträchtigte die Musik sogar noch das Spiel. Das Publikum überließ allerdings diese Schwächen und applaudierte lebhaft. Es gab sogar Blumen am Schluß. Von den Darstellern seien — außer Ernst Albert selbst — Fr. Harald und die Herren Braun und Crane genannt. Die Spezialitäten verabschiedeten sich gestern. Käthe Hyan wurde so mit Beifall überhüttet, daß sie sich zu einer Zugabe entschließen mußte. Neu war Ella Schneider, die mit ihrem Repertoire einen durchschlagenden Erfolg erzielte. Ab heute treten neue Spezialitäten auf. Der „Rheingau“ wird wiederholt.

Stadttheater. Am Dienstag gelangten „Die Troerinnen“ des Euripides in der meistbesetzten Uebersetzung von Franz Werfel zur Aufführung, in welchem Werk Gilda Knuth, eines der beliebtesten Mitglieder des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg, als „Andromache“ gastieren wird. — Am Mittwoch findet die letzte Aufführung der „Gardasfürkin“ statt. In dieser Vorstellung wird sich Frau Giese Vogel-Rack vom Lübeder Publikum verabschieden. — Die Zeichnungen auf Kriegsanleihe in der Donnerstag-Vorstellung von „Der Zimmermann“ während der Zwischenpausen haben ein Resultat von 42 000 Mark ergeben, sodas das Gesamtergebnis der im Stadttheater erfolgten Zeichnungen 55 000 Mark beträgt.

pb. Jugendlicher Eindringler. Ermittelt und festgenommen wurde ein in der Fiehlshauerstraße wohnhafter mehrfach vorbestrafter noch jugendlicher Arbeiter, der in das Zimmer eines in demselben Hause wohnenden Einlogierers eingedrungen war und aus einem Kleiderkasten einen blauen Jacket-Anzug und ein Paar Stiefel gestohlen hatte.

pb. Aus der Arbeit entlaufen. In Stettin festgenommen und dem hiesigen Marzall-Gefängnis zugeführt wurden zwei russische Arbeiterinnen, die von ihrer Arbeitsstätte, einem Hofe in Nienborf-Lübed, entlaufen waren, desgleichen wurde ein hier angehaltener russischer Kriegsgefangener dem Marzall-Gefängnis zugeführt, der aus dem Kriegsgefangenen-Lager in Parchim entlaufen war.

pb. Sechster Kollege. Festgenommen wurde ein Kellner aus Weihenfeld, der einem Kollegen, mit dem er zusammen in einem hiesigen Café in Arbeit stand, einen größeren Geldbetrag gestohlen hatte.

Küchlein. Eine Parteiversammlung, die sehr gut besucht war, fand gestern nachmittags im Lokale des Herrn Dieckmann statt. In eingehender Weise behandelte Genosse Stellung (Lübed) die russische Revolution. Zum Schluß forderte der Vorsitzende, Genosse Wegner, auf, das Bürgerrecht zu erwerben, was den Erfolg zeitigte, daß sofort bei einer Reihe, Verammlungsteilnehmer die nötigen Vorarbeiten zum Bürgerrechtserwerb erledigt wurden. Mehrere Neuaufnahmen in die Partei wurden vollzogen.

Käsezentrum Lübed. Die Polizeistunde wird für das Gebiet des Käsezentrum auf 10,30 Uhr festgesetzt.

Hamburg. Wahlrechtsreform in Hamburg. Der Senat hat der Bürgerchaft heute folgenden Antrag, betreffend Aenderung des Wahlgesetzes für die Wahlen zur Bürgerchaft, zugeworfen: „Nach dem geltenden Wahlgesetz für die Wahlen zur Bürgerchaft werden bei den allgemeinen Wahlen im Stadtgebiet die wahlberechtigten Bürger auf zwei nach dem Einkommen getrennte Wählergruppen verteilt. Die Erfahrungen der Kriegszeit legen die Frage nahe, ob es richtig ist, auch für die Zukunft an dieser Scheidung festzuhalten. In treuer, oft in warmen Worten anerkannter Pflichterfüllung haben Hamburgs Söhne unter schwersten Opfern Schulter an Schulter gekämpft und an der Verteidigung des Vaterlandes ruhmreichen Anteil genommen. Opferwillig hat die in der Heimat zurückgelassene Bevölkerung gemeinsam alle Entbehrungen getragen, welche ihr durch den nicht nur gegen die Kämpfer im Felde, sondern auch gegen die heimische Zivilbevölkerung gerichteten Vernichtungswillen der Feinde auferlegt wird. Obwohl Hamburg, dessen Lebensadern durch die Lahmlegung von Handel und Schiffahrt unterbunden sind, unter dem gegenwärtigen Kriege so schwer gelitten hat wie kaum ein anderer deutscher Staat, ist der Entschluß seiner Bevölkerung, durchzuhalten bis zum siegreichen Ende und zu diesem Zwecke auch weitere Opfer zu bringen, unerklärlich. Alle, die kraft ihrer Stellung im öffentlichen Leben das Vertrauen genießen, sind in Uebereinstimmung mit der Presse aller Parteifarbtierungen einzig in dem Bestreben gewesen, die Ueberzeugung lebendig zu erhalten, daß nur eine strenge Bedingung dieses dem deutschen Volke durch den Reid und die Mißgunst seiner Gegner aufgezwungenen Kriege und ein die Unabhängigkeit des Deutschen Reiches sicherer Friede eine wirtschaftliche Entwicklung gewährleisten, wie sie für die Wohlfahrt aller Bevölkerungskreise unentbehrliche Voraussetzung ist. Die während des Krieges oft bewährt: Einigkeit der Bevölkerung, die als eine der wertvollsten Erzeugnisse dieser Zeit angesehen werden muß, rechtfertigt das Vertrauen, daß auch nach Wiederkehr des Friedens, wenn es gilt, wieder aufzubauen, was der Krieg zerstört hat, alle nach besten Kräften an der Erreichung dieses Zieltes mitarbeiten werden. Mögen auch die Meinungen darüber, auf welchem Wege das Ziel am sichersten erreicht werden kann, manchmal auseinandergehen. In der Erhaltung dieser Einigkeit mitzuwirken, ist auch Aufgabe der Gesetzgebung. Der Senat ist deshalb der Meinung, daß die unter anderen Verhältnissen eingeführte Verteilung der wahlberechtigten Bürger auf zwei nach dem Einkommen getrennte Wählergruppen angefaßt der heutigen veränderten Sachlage nicht ferner beizubehalten sein wird. Erwünscht erscheint es, eine dementsprechende Aenderung des Wahlgesetzes schon jetzt vorzubereiten, damit sie alsbald nach Beendigung des Krieges erfolgen kann. Die Angelegenheit wird nach Ansicht des Senats am besten geordnet werden, wenn die Vorarbeiten in die Hand einer aus Mitgliedern des Senats und der Bürgerchaft gebildeten Kommission gelegt werden.“

Daß ein Schritt des Senats oder der Bürgerchaft in der Wahlrechtsfrage zu erwarten wäre, war in eingeweihten Kreisen seit längerer Zeit bekannt, bemerkte dazu unser Hamburger Parteiorgan. Schon bald nach Kriegsausbruch waren von den verschiedensten Seiten Schritte unternommen, um eine Aussprache und wenn möglich eine Verständigung unter den einzelnen Fraktionen der Bürgerchaft über die Wahlreform in Hamburg herbeizuführen. Auch mit einzelnen Mitgliedern des Senats war Prüfung genommen worden. Die Besprechungen brachten das überraschende Bild, daß eine Reihe Personen, die in den Jahren 1905/06 in außerordentlich eifriger und leidenschaftlicher Weise den damaligen Wahlrechtsumsturz betrieben hatten, zu besserer Erkenntnis gelangt waren und nun das lebhaftest Bestreben zeigten, ihr Unrecht von damals wieder gutzumachen. Das Grundrecht der Wahlrechtsänderung von 1906 war die Einführung des Klassenwahlrechts, die Scheidung der Wähler nach dem Einkommen. Der Senat hatte in seiner Vorlage, die er wenige Tage nach der erhebenden Schillerfeier in Hamburg im Mai 1906 bei der Bürgerchaft eingebracht hatte, die Teilung

Der Wähler für die allgemeinen Wahlen in drei Klassen vorzuziehen. Der bürgerlichste Ausschuss, der zur Beratung der Vorlage niedergesetzt war, machte aus den drei nur zwei Klassen, behielt aber in gewissem Sinne doch die Drittstellung der Wähler bei. Er gelang nämlich der ersten Klasse, das heißt den Wählern mit einem Jahreseinkommen von 2500 Mk. an, die Wahl von zwei Dritteln der in den allgemeinen Wahlen zu wählenden Mitglieder der Bürgerchaft zu, den Wählern der zweiten Klasse mit einem Einkommen von unter 2500 Mk. aber nur ein Drittel. Und dabei umfasste die erste Klasse nur drei Viertel, die zweite Klasse aber fünf Viertel der damaligen wahlberechtigten Bürger. So hatten 21 000 Bürger 48 Bürgerchaftsmitglieder, 35 000 Bürger aber nur 24 Bürgerchaftsmitglieder zu wählen. Es bedarf keines Wortes, um das brutale Unrecht gegen die unglücklichen Habenichtse unter Hamburgs Bürgern, das in diesem dreifach gestrichen Klassenwahlrecht lag, noch einmal zu kennzeichnen. Und nicht nur in dem Kreis der von ihm Betroffenen empfand man es so, auch von Ansehensleuten der ersten Klasse im Bürgeramt wurde diese Art der Bekämpfung der Sozialdemokratie — das war ja der ausgesprochene Zweck der Wahlrechtsänderung — auf das entschiedenste mißbilligt. Wir wußten in diesem Zusammenhang nur der beiden verstorbenen Bürgerchaftsmitglieder Dr. Wollfson und Dr. Kraband, die sich bei jeder Gelegenheit von ihrer Fraktion der Rechte trennten, weil sie Gegner des Klassenwahlrechts waren, gedenken. Aber die Bürgerchaft nahm die Vorkläge des Ausschusses an, Hamburg hatte neben den beiden Privilegiertenwählern der Grundeigentümer und Notare auch noch eine Klasse wahlrechtlich für die allgemeinen Wahlen im Stadtbüchse. Was damals von den Gegnern der Wahlrechtsänderung prophesiert wurde, trat alsbald ein. Die schwarzen Kämpfe, die um die Änderung selbst geführt wurden, haben sich fortgesetzt bei allen neuen Wählerrechtswahlen, die sämtlich unter der Varole der Wahlrechtsfrage standen. Und immer von neuem wurden die Kämpfe entfacht durch die ganz selbstverständlichen immer wiederkehrenden Anträge der sozialdemokratischen Fraktion auf Aufhebung des Klassenwahlrechts.

Wahls, die freilich ebenso selbstverständlich von der Mehrheit der Bürgerchaft immer wieder abgelehnt wurden. Auch der Senat nahm keine andere Haltung ein. Das hat sich nun, wie gesagt, seit Kriegsbeginn geändert, und die Gerechtigkeit gebietet, zu sagen, daß die in der oben abgedruckten Vorlage zum Ausdruck gelangende Stellungnahme des Senats nicht eine Folge anderer außenpolitischer oder innenpolitischer Vorgänge ist, sondern daß der Senat, wie zuverlässig bekannt geworden ist, schon vor längerer Zeit Stellung zur Frage der Aufhebung des Klassenwahlrechts genommen hat und daß man sich auch in den Kreisen der Bürgerchaft lebhaft damit beschäftigt hat, so daß für die allernächste Zeit ein bezüglicher Schritt der einen oder anderen Körperschaft zu erwarten war. Nach der Senatsvorlage sollen nun beide Körperschaften gemeinsam in einer gemischten Kommission über die nötigen gesetzgeberischen Schritte beraten und beschließen. Nach unserer Kenntnis der Stimmung in der Bürgerchaft darf angenommen werden, daß dem Antrage des Senats, der sich auf die Absicht der Aufhebung des Klassenwahlrechts ja mit erfreulicher Unzweideutigkeit festlegt, mit großer Mehrheit zugestimmt werden wird. Ob in der gemischten Kommission noch weitere Wahlrechtsfragen zur Sprache kommen, ob man sich auf die vom Senat berührte Frage beschränken wird, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls müßten wir meinen, daß die von der sozialdemokratischen Fraktion wiederholt geforderte und leider bisher noch stets abgelehnte Aufhebung des Klassenwahlrechts für die allgemeinen Wahlen ein Schritt ist, den wir, unbeschadet unserer grundsätzlichen Forderungen in der ganzen Frage des Wahlrechts, mit Freuden begrüßen dürfen.

Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Der Minister erhielt sich wegen Unterbringung 6 Monate Gefängnis und nochmals Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

**Schönberg.** Die Verfassungsfrage in Mecklenburg. Nachdem der Staatsminister von Mecklenburg-Schwerin auf die Eingabe des fortschrittlichen Abg. Sivonick ziemlich ablehnend geantwortet hat, liegt nunmehr auch die Antwort des Staatsministers von Mecklenburg-Strelitz vor, die einigermaßen entgegenkommender lautet. Der Minister verneint, daß die Regierung von Mecklenburg-Strelitz niemals einen Zweifel darüber gelassen hat, daß sie eine gründliche Reform der mecklenburgischen Verfassungsverhältnisse für dringend notwendig hält. Die Verfassungsverhandlungen aber während des Krieges wieder aufzunehmen, sei im Interesse der dringend notwendigen Erhaltung der inneren Einigkeit und des Durchhaltens bis zum siegreichen Ende des Krieges beheblich, und aus den Gründen möge der Minister davon absehen, sich zurzeit über die Frage des für Mecklenburg geeigneten Wahlrechtes näher auszupressen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: E. Schwardt. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

### Bekanntmachung betreffend den Verkehr mit Eiern.

Auf Grund der Verordnung des Stellvertreters des Reichsanwalters über Eier vom 12. August 1916 verordnet das Polizeiamt:

§ 1.  
Im lübeckischen Staatsgebiet dürfen Geflügelhalter Hühner nicht nur an die amtliche Sammelstelle oder an die amtlich bestellten Aufkäufer abgeben. Die amtliche oder unamtliche Ueberlieferung von Hühnern an andere Personen ist verboten.

§ 2.  
Geflügelhalter dürfen nur den notwendigen Bedarf für ihren eigenen Haushalt zurückbehalten, alle übrigen Hühner sind an die amtliche Sammelstelle oder die amtlichen Aufkäufer abzuliefern.

§ 3.  
Die amtliche Sammelstelle befindet sich in Lübeck, Nischstraße 39, Eingang von der Krümmen Querstraße. Sie ist werktäglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Die nachgenannten Personen sind zu amtlichen Aufkäufern bestellt worden:

Aug. Timm, Pöbberdorf.  
P. Krackow, Schlutup.  
F. Brauer, Trabemünde.  
H. Schomann, Kronvorde.  
Anna Burmeister, Niecht.  
C. Ohde, Raffe.  
H. Brattholz, Sierstraße.  
H. Hamer, Groß-Schrickfater.  
Johs. Frehse, Dillan.  
J. Drenkhahn, Krämer, Behlendorf.

§ 4.  
Bei der Ablieferung der Eier erhalten die Geflügelhalter eine Bescheinigung über die Anzahl der abgelieferten Eier. Diese Bescheinigung ist aufzubewahren und auf Erfordern den Beauftragten des Polizeiamts vorzulegen.

§ 5.  
Die auf weiteres werden für frische unbeschädigte Hühner folgende Preise festgesetzt:

Bei Ablieferung an die Sammelstelle in Lübeck oder an die amtlichen Aufkäufer . . . . . 27,-  
bei Abholung der Eier durch die Aufkäufer bei den Geflügelhaltern . . . . . 26,-

Die vorstehend festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes.

§ 6.  
Wer es unternimmt, den vorstehenden Vorschriften zuwider Hühner abzugeben oder zu erwerben, oder wer höhere als die festgesetzten Höchstpreise nimmt, fordert oder sich gewähren läßt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Lübeck, den 14. April 1917. (322)  
Das Polizeiamt.

### Bekanntmachung betreffend Fleischverkauf.

Der Wokse vom 16. bis 22. April 1917 gelangt Rind- und Kalbfleisch zur Abgabe.

Lübeck, den 14. April 1917. (323)  
Das Polizeiamt.

### Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter

werden sofort einstellt vom 329

Vorstellungsbild des Arbeitgeber-Verbandes für das Handwerbe zu Lübeck, Nischstraße 7, part.

Zu verlauf. Lesebuch, 6. Stufe. Rechenbuch, 5. Stufe, Liederbuch, 3. Stufe, Religionsbuch, kleiner Katechismus. (318) Preisvertr. 2 b. L.

### Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Lübeck.

Den Kollegen zur Mitteilung. Daß die Auszahlung der restlichen Unterstüzung für die durch die Arbeitsniederlegung betroffenen Kollegen für die Nr. 1-100 am Mittwoch abend, die Nr. 101-200 am Donnerstag abend von 6 1/2 Uhr an im Bureau, Johannisstraße 48, II. stattfindet.

Der Zweigvereinsvorstand. (325) F. St-en.

**Uhren-Reparaturen.**  
Billige Preise. (319) Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.  
**Hermann Voß.**

Am 13. April starb unter langjährigem Mangel  
**H. Niemann,**  
72 Jahre alt.

Wir werden ihnen ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Die Beerdigung des Seligen Niemann findet am Mittwoch, dem 18. April, nachmittags 5 Uhr von der Berliner Friedhofskapelle aus statt.

(326) Der Vorstand.

Von der

## Lehrmeister-Bibliothek

empfehlen wir besonders folgende Bändchen:

- Das Einmachen der Gemüse . . . . 40,-  
Nr. 343-44.
- Das Einmachen der Früchte . . . . 20,-  
Nr. 3.
- Ernte u. Aufbewahrung des Obstes 40,-  
Nr. 55-56.
- Die Fruchtstoffbereitung . . . . . 20,-  
Nr. 345.
- Verwertung d. Honigs im Haushalt 20,-  
Nr. 77.
- Mürbe . . . . . 20,-  
Nr. 300.
- Billige Fleischerkäse . . . . . 20,-  
Nr. 320.
- Käsebacken . . . . . 40,-  
Nr. 334-35.
- Billige Käse . . . . . 40,-  
Nr. 350-51.
- Ein Monat Arbeiterkäse . . . . . 20,-  
Nr. 46.
- Vegetarisches Kochbuch . . . . . 20,-  
Nr. 187.
- Kochküche und Kochbeutel . . . . . 20,-  
Nr. 346.

Buchhandlung von  
**Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46.

### Bekanntmachung über Reise-Brotmarken.

I.  
Im Zusammenhang mit der am 16. d. Mts. in Kraft tretenden Herabsetzung der Weizenpreise hat die Reichsbrotverwaltung den Tagesverbrauch für die Inhaber von Reisebrotmarken von 20 Gramm auf 30 Gramm Gehalt herabgesetzt und bestimmt, daß für jeden Tag der Reise nicht mehr als 4 Reisebrotmarken ausgedrückt werden dürfen.

II.  
Um der Gefahr der Fälschung der Reisebrotmarken zu begegnen, läßt das Direktorat die Marken von jetzt ab mit einem Wertpapierüberdruck in Gestalt eines im ganzen Felde liegenden weissen Rechteckes versehen. Neben diesen neuen Reisebrotmarken bleiben einseitig die bisherigen Reisebrotmarken im Umlauf. Mit dem 15. Mai 1917 verlieren die letzteren jedoch ihre Gültigkeit.

III.  
Um einen Mißbrauch von Reisebrotmarken, auf die bereits Gehalt bezogen worden ist, unmöglich zu machen, hat das Direktorat vorgeschrieben, daß die Reisebrotmarken auf der rechten Seite durch Abreißen eines etwa 1 cm breiten Streifens in mehrerer Richtung entfernt werden müssen. Die Entfernung haben in den Brotverkaufsstellen die Verkäufer vorzunehmen. In den Gast- und Schankwirtschaften hat sie durch die junge Person zu geschehen, die das Gehalt an die Bedienung anzeigt.

Lübeck, den 13. April 1917. (324)  
Das Polizeiamt.

6 bis 10 guterhalt. Stühle zu kaufen gesucht. Angeb. unter Z 49 an die Exp. (321)

Zu kaufen gesucht (320)

**Landshuppen, Knochen, Eien, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.**

**Karl Kleinfeld, Wallenboffstr. 25.**  
Lübeck 243.

## Feldpostkarten

10 Stück 10 Pfennig

hält vorrätig

**Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,**  
Johannisstraße 46.

## Vaterländischer Hilfsdienst.

Alle diejenigen wehrfähigen Personen, die sich in der Zeit vom 21. bis 30. März d. J. zum Vaterländischen Hilfsdienst gemeldet haben und sich noch nicht im Besitze einer Uniform befinden, werden hiermit aufgefordert, diese am Dienstag, den 24. März, d. J., zwischen 9 und 1 Uhr vormittags, oder 4 bis 6 Uhr nachm. im Bureau der Hilfsdienstverwaltung, Parade 1, Zimmer 3, in Empfang zu nehmen.

Lübeck, den 15. April 1917.  
Stadt- und Landamt.

## Der neueste Kriegs-Atlas

mit 52 Karten von allen Kriegsschauplätzen des Weltkrieges ist eingetroffen. :: Preis 1.— Mk.

**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,**  
Johannisstraße 46.

## Stadttheater.

Dienstag, den 17. April 1917:  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Gastspiel von Hilde Knoth vom Deutschen Schauspielhaus Hamburg

### Die Troerinnen d. Euripides

In deutscher Bearbeitung von Franz Werfel.

Andromache: Hilde Knoth.

Mittwoch, den 18. April 1917:  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Abschiedsvorstellung für Fr. Liese Vogel-Mack Zum letzten Male:

### Die Csárdásfürstin

Operette von E. Kálmán.

Donnerstag, den 19. April 1917:  
Anfang 7 Uhr.  
Abschiedsvorstellung für Fr. Gertrud Malsner:

### Aida.

Oper von G. Verdi.

## Zur Regelung der Lebensmittelversorgung.

Von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird uns geschrieben:

Die vom Kriegsernährungsamt angeordnete Herabsetzung der Brotration ist in der Arbeiterschaft auf berechtigten Unwillen gestoßen, und zahlreiche Zuschriften an die Generalkommission der Gewerkschaften lassen erkennen, wie außerordentlich schwer dieser Eingriff in unsere Lebensmittelversorgung empfunden wird. Die Mitglieder der Generalkommission, die im Beirat für Volksernährung tätig sind, verstehen den Ernst der Situation nicht, haben sich auch von den Ereignissen nicht überraschen lassen. Sie haben schon im Vorjahre nach Abschluß der Ernte davor gewarnt, die Schwierigkeiten in der Ernährung zu unterschätzen, wiederholt ist in eindringlicher Weise im Kriegsernährungsamt darauf hingewiesen, daß ein festes Zugreifen erfolgen muß, um die vorhandenen Getreide- und Kartoffelbestände in öffentliche Bewirtschaftung zu nehmen. Es fehlte leider in den tonangebenden agrarischen Kreisen das Verständnis für die Durchführung der hierfür erforderlichen Maßnahmen. Man hat den ganzen Einfluß, den diese Kreise besitzen, ausgenützt, um der Durchführung der Beschlagnahme hindernd in den Weg zu treten. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen kommen wir aber ohne die verständige Mithilfe der Landwirte bei der Behebung unserer Ernährungsschwierigkeiten nicht vorwärts. Der von bestimmten Kreisen gepflegte passive und aktive Widerstand hat leider die Aufstellung besätigt, die Beschlagnahme sei eine unnötige, schwere Belastung der Landwirtschaft; er hat verhindert, daß ein Verständnis aufkommt für das, was die Zeit fordert. Gewiß verkennt niemand den Wert der Viehhaltung, aber an erster Stelle stand in diesem Jahre die Sicherstellung der pflanzlichen Nahrungsmittel für die Menschen. Ein Hindernis der ungestörten Abwicklung der organisatorischen Maßnahmen für die Verteilung der Lebensmittel war der harte Winter, der Transportbeschwerden hervorrief, die in der gegenwärtigen Zeit bei allem guten Willen nicht zu beheben waren. So hat auf der einen Seite das Wollen, auf der anderen das Menschliche Rücksicht versagt.

Niemand wird sich der Einsicht verschließen, daß wir großen Gefahren entgegengehen, wenn wir nicht jetzt die sicher erfaßten Bestände gleichmäßig verteilen und zwar so, daß bis zur nächsten Ernte das Auskommen möglich ist. Besonders schwer wird die Herabsetzung der Brotration von der arbeitenden Bevölkerung empfunden. Es ist aber nach den bisherigen Ergebnissen der Bestandsaufnahme leider nicht möglich, mehr zu geben, wenn wir bis zur nächsten Ernte auskommen wollen. Werden die Bestände an Brotgetreide vor der nächsten Ernte verbraucht, dann würde sich später ein viel schlimmerer Notstand ergeben.

Gemildert soll die Herabsetzung der Brotration dadurch werden, daß eine Erhöhung der Fleischration um 250 Gramm pro Woche und die Lieferung von 5 Pfund Kartoffeln festgesetzt werden. Wilsach werden Zweifel laut, ob dieses Versprechen innegehalten wird, ein Mißtrauen, das nach der bisherigen Erfahrung verständlich ist. Wir haben deshalb das Kriegsernährungsamt um Auskunft darüber ersucht, welche Anordnungen getroffen sind, um das gegebene Versprechen zu erfüllen. Darauf ist uns folgende Antwort zugegangen:

Der Präsident  
des Kriegsernährungsamts.  
Berlin, den 12. April 1917.  
An die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands,  
Berlin.

Auf die mündlich von der Generalkommission an mich gerichtete Anfrage teile ich im Einverständnis mit dem Chef des Kriegsernährungsamts und dem Staatskommissar für Volksernährung folgendes mit:

Nach den vorliegenden Berichten ist die Lieferung der zum 16. April 1917 in Aussicht gestellten Kartoffelration von 5 Pfd. pro Kopf und Woche nebst der vorgesehenen Schmelzarbeiterzulage und der verbilligten Fleischzulage von 250 Gramm (250 Gramm für Kinder) in der großen Mehrzahl der Bedarfsbezirke gesichert. Für die wenigen Bezirke, wo die Anlieferung der Kartoffeln wegen der bis in die letzten Tage fortdauernden Frost bis zum 16. April noch nicht genügend hat erfolgen können, ist entsprechend den amtlichen Veröffentlichungen des Kriegsernährungsamts (Mitteilung des Kriegsernährungsamts Nr. 21 vom 27. März 1917) Vorsorge getroffen, daß für die fehlenden Kartoffeln Mehl als Ersatz gegeben wird. Wo die Lieferung der Fleischzulage von 1/2 Pfd. wöchentlich ausnahmsweise am 16. April noch nicht erfolgen kann, wird für die nicht gelieferte Fleischzulage gleichfalls Mehl bzw. Brot als Ersatz ausgegeben werden, so daß eine Kürzung der Brot- bzw. Fleischration ohne gleichzeitige verstärkte Fleischlieferung nicht eintritt.

Vom Kriegsernährungsamt ist uns die Versicherung gegeben, daß die Verwaltungsbehörden angewiesen sind, peinlichst für die Durchführung der getroffenen Anordnungen zu sorgen. Ferner, daß die von der Militärbehörde begonnene Nachprüfung der Angaben bei der Bestandsaufnahme und die Beschlagnahme der Vorräte mit aller Strenge weiter durchgeführt wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die bei dieser Nachprüfung sich ergebenden Mehrbestände eine Erhöhung der Brotration ermöglichen.

Die Zulage von 250 Gramm Fleisch wird an die Konsumenten zu einem mäßigen Preise abgegeben, so daß für diejenigen, die bisher ihre Fleischration bei der hohen Preislage nicht in Anspruch nehmen konnten, der Einkauf jetzt möglich wird. Es ist also anzunehmen, daß die Ernährung der Bevölkerung gegenüber dem gegenwärtigen Zustande nicht verschlechtert wird.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat gemeinsam mit den übrigen Gewerkschaftsgruppen und den 20 bestellten Verbänden in der Eingabe an den Reichstagsler am 21. Februar d. J. mit aller Entschiedenheit die Durchführung der Beschlagnahme der Nahrungsmittel gefordert. Dem Verlangen ist nachgekommen, die Revisionen erfolgen jetzt und sie werden, wie uns aus mehreren Orten berichtet wird, streng durchgeführt.

Die Generalkommission wird auch weiter im Interesse der arbeitenden Bevölkerung jede Verzögerung der getroffenen Maßnahmen oder ein Abweichen von den gegebenen Versprechungen schärfstens bekämpfen. Sie weiß, daß sie hierbei nicht nur im Einverständnis mit den Mitgliedern der Gewerkschaften handelt, sondern daß sie auch der Zustimmung und Mithilfe der übrigen Unterzeichner der Eingabe vom 21. Februar und 21. März d. J. sicher ist. Die englische Absperrung vom Auslandsmarkt macht die Zufuhr von Lebensmitteln unmöglich und legt uns schwere Entbehnungen auf. So bitter es ist, diese Tatsache zu konstatieren, so wenig befehligen wir sie durch Handlungen, die der Einheitlichkeit und eines bestimmten erreichbaren Zieles entbehren. Wir müssen alle Kräfte einsetzen für die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung, damit durch die Organisation die Sicherung der Volksernährung herbeigeführt wird, die unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist.

## Revolutionsage.

Über Schweden werden uns Augenblicksbilder vom Leben und Treiben in Petersburg übermittelt. Der Beobachter sieht mit bürgerlicher Brille in die aufgeregte russische Welt. Er sieht nur Unordnung, Wirren und Zerschörung, wo geschulte politische und soziale Augen das trampfahnde Ringen der Massen um Neues, Werdendes und um leimende Zusammenhänge der Zukunft erblicken würden. Seine Beobachtungen sind daher kritisch zu werten. Immerhin geben sie — zum Beispiel über die Demonstrationsszüge der Soldaten, aus denen der liberale Peters-

burger Draht allgemeine Kriegsbegeisterung gemacht hat — einige Aufschlüsse, die wir unsern Lesern nicht verhehlen wollen. Um so weniger, als Berichte sozialdemokratischer Zeugen nicht zu erlangen sind.

Der Beobachter der welthistorischen Tage an der Newa schreibt also:

Nahzu drei Wochen Revolution hätten wir hinter uns, und noch sehen wir kein Ende. Sehen vor allem nicht, wie sie enden wird. Das Leben hat eine verwirrende Buntheit der Formen angenommen. Die Regierung existiert nur dem Namen nach. Das Duzend Minister, das sich zur Regierung zusammengefaßt hat, gibt sich in Worten, Telegrammen, Bekanntmachungen kund, die man achselzuckend hört und liest und nicht beachtet. Wenn je im Leben, so sind hier in Rußland mit Ausbruch der Revolution die Verhältnisse mächtiger geworden als die Menschen. Alles treibt durcheinander, gegeneinander. Nirgends gibt es einen festen Halt. Die Unsicherheit von Leben und Eigentum nimmt eher zu als ab. Furcht vor dem Kommenden beherrscht die Gemüter.

Die Freiheit hätten wir zu reden und zu schreiben, was uns das Herz einflößt. Nur ist es lebensgefährlich, von dieser Freiheit einen umfassenden Gebrauch zu machen. Deftlich bekennen sich alle, ob konservativ, liberal, zaristisch oder sozialistisch, zur Revolution, weil jedes Bekenntnis gegen dieselbe auf der Stelle Tod und Verderben nach sich ziehen würde.

Im Anfang hatte man den Eindruck, als ob alle nur gegen einen, den Zaren, sich verschworen hätten. Jetzt beginnen sich die Geister zu scheiden.

Das Ziel der Revolution ist nicht mehr einheitlich. Der leichte Anfang hat alle berauscht. Bald werden alle gegen alle kämpfen. Wir haben nicht eine Regierung mehr, sondern zwei, drei. Bald werden wir noch mehr haben. Jede Partei will ihr: eigene Regierung durchsetzen. Keine will der anderen ein Vortrecht einräumen. Die Regierung des Fürsten Zwow lebt nur noch von der Gnade der Sozialisten, die wiederum in sich gespalten sind und sich gegenseitig aufs heftigste bekämpfen. Keiner weiß eigentlich, wie stark die eine oder die andere Partei ist, die um Anerkennung und Macht ringt. Geiern hieß es in ganz Petersburg, die provisorische Regierung würde von der Stelle wischen und Kerenski würde ein neues Kabinett bilden, in dem kein Liberaler etwas zu sagen hätte. Heute heißt es, daß Kerenski Herrn Tschelise weichen müßte, den allmächtig geworden wäre, ohne den kein Beschluß gefaßt werden könnte. Herr Tschelise ist radikal. Über es gibt noch viel Radikalfürer, denen die Forderungen des Herrn T. autoritativ erscheinen. Da wäre die Partei der „Prawda“. Sie hängen an der Internationale und fordern, Schluß mit dem Kriege zu machen, um einmal sich auch mit den Sozialisten der Mittel- und Westmächte in Verbindung zu setzen, so daß aber die gegenwärtige Regierung auf die Anklagebank zu legen. Sie erklären Miljukow, Zwow und Rodzianko für genau so schlecht und verdorben wie die Anhänger des Zaren. Die „Prawda“ ist mehrfach beschlagnahmt worden, als sie mit Anklagematerial schwerer Kalibers herausbrachte. Das hat die Menge erlärterweise sehr erbittert. Denn es soll Pressefreiheit in dem vom Zarismus bereiten Rußland herrschen. Um die „Prawda“ hat sich das Volk und die Soldaten auf den Straßen die Köpfe blutig geschlagen. Auch viele Schüsse sind um das Blatt gefallen, und gar mancher Revolutionär ist im Kampfe für und gegen das Organ der Extremisten ums Leben gekommen.

Sehr wohl war der Regierung nicht zumute, als über das Schicksal der „Prawda“ gestritten wurde. Da riß ihr ein rettender Engel: irgendeiner, der in den Akten der alten Polizei nach den Sünden des abgetanen Regimes zu forschen hat, machte die Entdeckung, daß ein Mitglied der Redaktion der „Prawda“ im Geheimdienst der früheren Polizei tätig gewesen wäre. Umsonst behauptet der Beschuldigte, daß man keine Unterchriften auf Quittungen gefaßt habe. Er wird verhaftet und zum Schweigen gebracht. Gleichzeitig erscheint die „Kobotschaja“ — die gegenrussische Arbeiterzeitung — mit Ankündigungen neuer Entlassungen. Alles schreit: Die „Prawda“ ist bloßgestellt! Alles stürzt sich auf die „Kobotschaja“, die wild in die Kriegstrompete bläst und die Gegner verdächtigt, es mit dem feindlichen Deutschland zu halten und Rußland „unter die Kränke der Hohenzollern“ bringen zu wollen. Die Regierung hält dem Augenblick für geeignet, einen großen Demonstrationsszug durch die Hauptstraßen zu veranstalten, um die Flamme der Kriegsbegierde neu zu entfachen. Ein jeder merkt die Absicht, aber keiner hat den Mut, sich gegen die Kundgebung aufzulehnen. Denn die Regierung hat für den Tag der Demonstration die 1600 Führer des Arbeiter- und Soldatenverbands gewonnen, die in dem Damagedäude tagen und nächtigen, während die Duma selber obdachlos geworden ist und keine

## Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewski

141. Fortsetzung.

„Nun, ich wollte mich doch hängen!“ fuhr es ihm plötzlich in schwerer, schmerzlicher Empfindung durch den Kopf. „Welch ein Instanz das da!“ Unwillig ergriff er das Licht wieder, um hineinzugehen und jedenfalls den Aufwärtler ausfindig zu machen, damit er bald fortkommen könne.

„Aber dieses Kind da?“ dachte er ärgerlich, bereits die Tür öffnend, und kehrte wieder zurück, um nachzusehen, ob das kleine Mädchen schlafe und wie sie schlafe. Vorsichtig hob er die Decke empor. Die Kleine schlief sanft und selig; sie war warm geworden unter der Decke und die Farbe hatte sich wieder in ihren bleichen Kinderwangen verbreitet. Doch wunderbar: Diese Farbe schien viel heller und stärker, als sie sonst bei Kindern gewöhnlich erscheint. „Ist das Fieberfärbung?“ dachte er — dies ist eine rote wie vom Wein, als hätte man ihr ein ganzes Glas zu trinken gegeben. Die roten Lippen zittern fast, was ist das? Es schien ihm jetzt, als ob auch die langen, schwarzen Wimpern zitterten und sich bewegten, als ob sie sich aufröhren, und unter ihnen ein blauer, scharfer, nicht mehr kindlich blinzelnder Blick hervorstrahlte; als ob das Kind gar nicht schlief, sondern sich verstellte, so war es: Ihre Lippen verzuckten sich zu einem Lächeln, die Mundwinkel bewegten sich, als ob sie an sich halte. Aber schon ist dies nicht mehr inständig, er sieht sie lachen, ja, es ist ein offenes Lachen! Etwas Freches, Herausforderndes liegt in diesem nicht mehr kindlichen Antlitz. Dies ist das Laster, das Gesicht der Kamelle, das herausfordernde Gesicht der seltenen Kamelle aus den Französinen“. Sieh, jetzt schlägt sie, ohne mehr zu verheimlichen, das Auge auf, sie läßt ihn mit funkelndem, schamlosen Blick ein, ihr Auge ruft ihn, es lächelt ihm entgegen. Etwas unsicherlich Gemeines und Beleidigendes lag in diesem Lächeln, in diesen Augen, in all dieser Frechheit des kindlichen Gesichtes. „Wie, und erst fünf Jahre?“ flüstert Swidrigailow in vollem Wreden, „wie, was ist das?“ Schon hat sie sich ganz nach ihm wendet mit ihrem glühenden Gesichtchen und streckt die Arme aus.

„Ha Vermüßte!“ ruft Swidrigailow entsetzt, die Hand überausstreckend — und erwachte.

Er sah noch auf dem Bett, in die Decke eingemickelt: das Licht brannte, aber bereits schimmerte der Tag in die Fenster herein.

„Abdrücken die ganze Nacht hindurch!“ Er erhob sich ähnelnd ängstlich und fühlte sich wie geschlagen; jedes Glied schmerzte. Draußen lag ein dichter Nebel, so daß es unmöglich war,

etwas zu sehen; es war fünf Uhr vorüber. Swidrigailow erhob sich, und zog Jackett und Ueberrock an, die noch immer feucht waren. Da fühlte er in der Tasche den Revolver; er nahm ihn heraus und probierte das Schloß. Dann setzte er sich nieder, zog aus der Tasche ein Notizbuch hervor und schrieb auf der ersten, bemerkbarsten Seite desselben einige Zeilen nieder. Er durchlas sie nochmals, überlegte eine Weile und küßte sich mit dem Ellbogen auf den Tisch. Der Revolver und das Notizbuch lagen neben ihm. Verschlafen summten einige Fliegen um die noch unberührt gebliebene Portion Kalbsbraten, welche auf dem Tische stand. Lange blinnte er auf diese, dann suchte er eine von ihnen mit der Hand zu ergreifen. Lange mühte er sich in Versuchen, ohne daß es ihm gelingen wäre. Endlich ermannte er sich von dieser interessanten Tätigkeit; er erschrak, stand auf und verließ jenseits des Gemachs. Nach einer Minute befand er sich auf der Straße.

Ein dicker, weißer Nebel lag über der Stadt. Swidrigailow schritt auf dem schlüpfrigen, schmutzbedeckten hölzernen Trottoir hin in der Richtung nach der Kleinen Newa. Er schaute das wackerende der Nacht hoch gestiegene Wasser derselben, die Petrowskij-Bühl, die nassen Straßen, das nasse Gras, die triefenden Bäume und Gebüsche und endlich — auch jenes Gebüsch! Verdrießlich begann er die Häuser anzuschauen, um doch an etwas anderes zu denken; kein Vorübergehender, kein Droßkulentischer begegnete ihm auf dem Prospekt. Traurig und schmutzig schauten die hellgelben, hölzernen kleinen Häuser mit den geschlossenen Fensterräden. Kälte und Feuchtigkeit packten seinen Körper und er begann zu frieren. Zeitweilig blinnte er zu den Ladenschildern und Plakaten der Dohndändler auf und las jedes einzelne derselben sorgfältig ab. Endlich hörte das hölzerne Trottoir auf; er fand neben einem großen feineren Haus. Ein schmutziger, satterer Hund mit einackniffenem Schwanz lief ihm in den Weg. Ein schwerer Beraufäter in einem Mantel, das Gesicht nach unten, lag quer auf dem Trottoir. Er warf einen Blick auf ihn und ging weiter. Links erblickte ein hohes Wächterhaus. Bah! dachte er, da ist ja ein Weg, wozu erit nach dem Petrowskij-Prospekt gehen? Jedenfalls bin ich doch hier in der Nähe eines offiziellen Zeugnis!

Er lächelte bei diesem neuen Gedanken und bog in die T-Straße ein. Hier stand ein großes Gebäude mit einem Raubthaus. Vor den verschlossenen, mächtigen Türen desselben stand mit der Schulter angelehnt, ein unterlehter Mann im grauen Soldatenmantel und dem kupfernen Helm. Mit verschlafenerm Blick und unbedeutender Saute er auf den herankommenden Swidrigailow. In seinem Gesicht lag jener ewige, sich aufdringende Zug von Weiden, welcher jedem Gesicht hebräischer Abstammung ohne Unterschied eigen ist. Beide, Swidrigailow und der Behelme, maßten sich einige Zeit schweigend mit den Blicken. Dem Behelmen mochte schließlich etwas nicht in Ordnung erscheinen;

vielleicht war der Ankömmling trunken, denn derselbe blieb drei Schritte vor ihm stehen, starrte ihn an und sprach keine Silbe.

„Nun, was steht Ihr hier?“ frag der Behelme, noch ohne sich zu bewegen oder seine Lage zu verändern.

„Geh dich nichts an, Bruder, guten Morgen!“ antwortete Swidrigailow.

„Hier ist kein Ort, stehen zu bleiben.“

„Ich will in ein anderes Land, Bruder!“

„In ein anderes Land?“

„Nach Amerika!“

„Nach Amerika?“

Swidrigailow zog den Revolver hervor und spannte den Hahn. Der Behelme zog die Brauen in die Höhe.

„Ach, was sollen das für Streiche sein! Hier ist kein Platz!“

„Warum denn nicht?“

„Weil hier kein Platz ist!“

„Ach, Bruder, das ist ja völlig gleichgültig. Der Platz hier ist sehr geeignet; wenn man dich fragen sollte, so antworte, ich hätte nach Amerika gewollt!“

Er setzte sich den Revolver an die rechte Schläfe.

„Das geht hier nicht, hier nicht!“ eiferte der Behelme, seine Pupillen mehr und mehr erweiternd. Swidrigailow drückte ab.

Im selben Tag, abends gegen sieben Uhr, erschien Raskolnikow in der Wohnung seiner Mutter und Schwester, in derselben, im Hause Bakaljews, in welchem Kasimirin diese untergebracht hatte. Der Zugang zur Treppe führte von der Straße aus her; Raskolnikow trat herein, sein Schritt zögerte, er schien ungeschlüssig zu sein, ob er hinaufgehen sollte oder nicht; aber wandte sich nicht wieder rückwärts, kein Entschluß war gefaßt.

„Nebst dem tut es ja nichts; sie haben ja keine Ahnung!“ dachte er bei sich, und hielten mich von jeher für einen Sonderling. Seine Kleidung sah äußerst reduziert aus; sie war mit Schmutz bedeckt, da er den ganzen Abend im Regenwetter umhergelaufen war, zerrissen und abgenutzt. Sein Gesicht war fast entstellt durch Abspannung, körperliche Ermattung und einen wohl überdachten Kampf mit sich selbst. Die ganze Nacht hatte er außerhalb seiner Wohnung zugebracht. Doch — er hatte wenigstens keinen Entschluß gefaßt.

Er klopfte an der Tür und seine Mutter öffnete ihm. Dunja war nicht anwesend, auch die Magd war ausgegangen. Pulcheria Alexandrowna war anfangs von freudigen Schreien übermannt, dann aber ergriff sie den Sohn bei der Hand und zog ihn zur Stube herein.

(Fortsetzung folgt.)

# Politische Rundschau.

## Deutschland.

### Der Fall Verweyen.

Die „Königliche Volkszeitung“ teilte vor einigen Wochen mit, daß der Privatdozent Dr. Verweyen an der Universität Bonn plötzlich als Armierungssoldat eingezogen worden ist. Herr Dr. Verweyen hatte kurz vorher in Bonn einen Vortrag gehalten, durch den er nach der Behauptung der Zentrumspresse das katholische Empfinden tief verletzt hatte. Zwischen diesem Vortrag und der plötzlichen Einberufung lag ein gewisser Zusammenhang zu bestehen und das rief ganz natürlich in weiten Kreisen beträchtliches Aufsehen hervor. Bei der Beratung des Militärrechts im Haushaltsausschuß des Reichstages brachte Abg. Stücken den Fall zur Sprache und erbat sich Auskunft; denn es sei völlig unzulässig, jemand strafweise zum Militär einzuziehen. Dem Abg. Stücken ist diese Auskunft nunmehr zugegangen, sie besagt:

„Beim Stellvertretenden Generalkommando des 8. Armeekorps ging am 31. Januar 1917 ein Besuch des Rektors der Universität Bonn um Befragung des Privatdozenten Verweyen beim Ersatzbataillon Infanterie-Regiments 160 in Bonn ein. Am 2. Februar 1917 wurde das Ersatzbataillon angewiesen, einen Stammtrotenauszug mit Angabe der Verwendungsfähigkeit beizufügen. Da das Ersatzbataillon inzwischen große Transporte zu stellen hatte, gab es den seitens der General-Musterungskommission für g. v. J. befundenen Verweyen einen Transport zur ... Reserve-Division bei. Nach Eingang des Stammtrotenauszuges lehnte das stellvertretende Generalkommando eine Befragung des noch nicht im Felde gewesenen Verweyen ab und beschied den Rektor entsprechend. Das Bataillon wurde angewiesen, über Verweyen planmäßig zu verfügen. Das Ersatzbataillon meldete, daß Verweyen bereits ins Feld ausgerückt sei. Weder dem stellvertretenden Generalkommando noch dem Ersatzbataillon Infanterieregiments 160 war vor dem Austrücken Verweyens über den in israelischer Zeitungsnote erwähnten Vortrag irgend etwas bekannt.“

### Ausbau der Tuberkulosefürsorge.

Der Fürsorgestellenausschuß des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose trat unter dem Vorsitz des Landesrates Dr. Freund in Anwesenheit von Vertretern des Reichsgesundheitsamtes, des Reichsversicherungsamtes, des preussischen Ministeriums des Innern und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Man war einstimmig der Ueberzeugung, daß der Kampf gegen die Tuberkulose, der durch die besonderen Verhältnisse des Krieges in seinen Wirkungen notgedrungen eine Abschwächung erfahren mußte, mit aller Energie weiter zu organisieren sei, damit man insbesondere den nach dem Kriege herantretenden erhöhten Anforderungen gerecht werden könne. Zu diesem Zwecke soll das ganze deutsche Reich mit einem Netz von Tuberkulosefürsorgestellen umspannt werden. Es soll zentralen, provinziellen und Landesorganisationen, unter Benutzung der bereits vorhandenen Organisationen zur Bekämpfung der Tuberkulose, die Aufgabe zugewiesen werden, für die Errichtung neuer und den weiteren Ausbau vorhandener Fürsorgestellen in ihrem Bezirke tätig zu sein. Zur Durchführung dieser Aufgabe soll zunächst beim Deutschen Zentralkomitee für das laufende Rechnungsjahr ein Betrag von mindestens 50 000 Mark angefordert werden.

### Oesterreich-Ungarn.

Zur Vertagung des ungarischen Abgeordnetenhauses. Sämtliche Oppositionsparteien richten an das ungarische Reich ein Manifest, worin festgesetzt wird, daß die Vertagung des Abgeordnetenhauses sowohl vom Verfassungsrecht als vom moralischen Standpunkte aus die größte Belastung bedeute. Die Opposition wolle den Bruch mit Amerika, den Krisenprozeß, den Wechsel im Kriegsministerium und verschiedene andere Angelegenheiten, hauptsächlich aber die Wahlrechtsfrage im Parlament zur Sprache bringen. Vor Erledigung dieser Fragen hat die Regierung durch Vertagung die Furcht ergriffen. Die Opposition verurteilt das Vorgehen der Regierung als schäblich und lehnt die Verantwortung für den weiteren Verlauf der Dinge ab.

## Ernährungsfragen.

### Günstiges Ergebnis der Beschlagnahme auf dem Lande?

Des „S. L.“ schreibt: Im Kriegsernährungsamt teilte man mit, daß die Beschlagnahme auf dem Lande bedeutende Überschüsse über die Bestandsangaben zutage gefördert haben, die ihr reichliches Teil zur ausreichenden Ernährung bis zur Ernte beitragen werden. Ob die Getreidevorräte nach den abgeschlossenen Beschlagnahmen wieder eine Vergrößerung der Brottration gestatten, sei noch zweifelhaft. Sederfalls werde das Kriegsernährungsamt mit allen Kräften dafür sorgen, daß alle Vorräte für die menschliche Ernährung gesichert bleiben. Die Viehbestände seien derart hoch, daß der Anbruch an allen Viehhöfen stark zugenommen habe und die verprochenen 500 Gramm Fleisch weiteres bis zur nächsten Ernte gewährleistet werden können.

## Aus der Partei.

Georgi Kalowski noch immer in Gefangenschaft. Wie wir einem Bericht der „Wiener Arbeiterzeitung“ entnehmen, befindet sich der bekannte Führer der rumänischen Sozialdemokratie, Georgi Kalowski, noch immer in rumänischer Gefangenschaft. Wegen seines nützlichen Kampfes gegen den Krieg sofort nach Kriegsausbruch gefangen genommen, wird er von den rumänischen Machthabern von Gefängnis zu Gefängnis geschleppt, den härtesten Entbehrungen und Erniedrigungen ausgesetzt. Die letzte Nachricht über ihn kommt von Zankow Hedzer aus Bas-Lut, einer Stadt in der Moldau. Ob er heute noch dort ist, wissen wir nicht. Jedenfalls aber sollte es die neue russische Regierung, vor allem der Justizminister Kerenski, der die Sache der Demokratie so wahr vertritt, es als ihre Ehrenpflicht betrachten, auch die politischen Gefangenen Rumäniens, dessen nicht okkupierten Gebiete in russischer Gewalt sind, unverzüglich zu befreien. Wenn die gegenwärtige rumänische Regierung sich dagegen sträuben sollte, so würde ein gelinder Druck von russischer Seite sicherlich ausreichen, um die rumänischen Mächtigen eines Besseren zu belehren.

## Aus Nah und Fern.

Kampf zwischen Kriminalbeamten und Einbrechern. Sonntag morgen ermittelten Kriminalbeamte in einem Hause in

Bin den zwei gewerbetätige Einbrecher, die bei Einbrüchen in zahlreichen Fällen von der Schutzwaffe Gebrauch machten und unter anderem zwei Hofbesitzer aus der Umgegend schwer verletzten. Als die Beamten einzufragen versuchten, fanden sie die Tür von innen und außen verschlossen. Die Beamten schlugen mit einem Keil die Tür ein. In diesem Augenblicke fielen zahlreiche Schüsse gegen die Beamten, von denen einer durch einen Schuß am rechten Arm verletzt wurde. Die Kriminalbeamten machten ebenfalls von ihren Schutzwaffen Gebrauch und verletzten die beiden Einbrecher lebensfähig.

Ein schrecklicher Tod ereilte vier Arbeiterinnen im Betriebe der Aktiengesellschaft für Hüttenbetrieb in Meiderich bei Duisburg. Sie waren damit beschäftigt, am Schladenberg Eisen zu sammeln, als plötzlich eine mit glühender Hochofenschlacke gefüllte Pfanne gekippt wurde und die Anzüglichen mit ihrem Inhalt überschüttete. Drei Mädchen verbrannten vollständig, während das vierte noch lebend ins Krankenhaus gebracht werden konnte. Dort starb es unmittelbar nach der Entlassung.

Der Selbstmord des Fürsten Odescalchi. Budapest. Blätter berichten: Die Angelegenheit des Fürsten Odescalchi beschäftigt nun auch die Budapest. Polizei. Das kaiserliche Militärgericht, das die Untersuchung führt, richtete an die Polizei die telegraphische Ordre, die Korrespondenz und die Bücher der Lebensmittelvermittlungsfirma Brüder Ramos zu beschlagnahmen. Diese Firma, auf dem Budapest. Plage eine der bedeutendsten in der Lebensmittelbranche, hat während des Krieges ungeheure Quantitäten Lebensmittel in Verkehr gebracht. Sie hat von dem Fürsten Odescalchi große Mengen Sauerkraut, wie es heißt, mehrere hundert Waggons, angekauft. Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß der Fürst, auf dessen Demerol-Besitzungen sich ausgebreitete landwirtschaftliche Anlagen befinden, die vom Militärarzt finanziert wurden, den Militärarzt aus wirtschaftlich geschädigt habe. Aus den Geschäftsbüchern war auch ersichtlich, daß Fürst Odescalchi Sauerkraut, das er für militärische Zwecke hätte abgeben sollen, an die Brüder Ramos verkauft habe. Fürst Odescalchi hatte nach kurzem Frontdienst auf Kosten des Kriegsministeriums auf seiner Demerol-Besitzung eine Sauerkrautfabrik eingerichtet. Im weiteren Verlauf liegt er auf Kosten des Militärarztes auf seiner Nagelalacer Besitzung eine Kartoffel-Konfervenfabrik, einen Gemüselagerbetrieb und eine Schweinezucht und außerdem in seinen Antolozzer Forsten eine Sackfabrik erbauen. Diese industriellen Investitionen veranschlagte 35 Millionen Kronen. Die Betriebe beschäftigten fünf- bis sechstausend russische Gefangene. Schon seit längerer Zeit verlautete, daß es der Fürst mit den militärischen Interessen nicht genau nehme, „vielmehr auf die eigenen materiellen Vorteile bedacht sei“. Am vorletzten Sonntag wurde der Fürst in das Kriegsministerium beordert. Als er nach seiner Demerol-Besitzung zurückgekehrt war, fand er unter der Führung eines Feldmarschalleutnants eine militärische Kommission vor. Er wurde von den Mitgliedern der Kommission lächelnd empfangen. Sie lehnten auch die Einladung zum Essen ab. Während die Offiziere seine Angestellten verhörten, begab er sich in einen seiner Büroraum, wo er sich erschöß.

## Kleines Feuilleton.

### Aus dem Lande des ewigen Eisbodens.

Nicht nur in Sibirien, sondern auch in Alaska findet sich die sonderbare Erscheinung, die zutreffend als Eisboden bezeichnet wird. Sie zeichnet sich dadurch aus, daß der Boden nicht etwa nur im Winter, sondern das ganze Jahr hindurch in gewisser Tiefe von Eis gehüllt wird. Die Gelehrten haben viel über die Entstehung und Beständigkeit des Eisbodens geforscht und geglaubt und ihn als festes Eis bezeichnet, in der Meinung, daß es vielleicht auf ein Alter von Jahrtausenden zurückgehen dürfte. Man hat sogar angenommen, daß seine Bildung aus einem Abschnitt der Erdgeschichte stammt, in dem das Klima noch kälter war als heute und daß dies Eis „also in außerordentlichen Zeiträumen niemals geschmolzen wäre.“ Es findet sich freilich wohl bedeckt unter dem Schlamm und Torf der Tundren des hohen Nordens. Jener Naturforscher der Herkunft aus einer kälteren Vergangenheit der Erdgeschichte ist widersprochen worden, aber aufgeklärt ist dies Rätsel noch immer nicht. Im allgemeinen spricht man in diesem Zusammenhang immer nur von Eisrücken, aber ein amerikanischer Polarforscher, Eschschmoll, der die Entstehung und Alaska mehrere Jahre lang studiert hat, weiß im „Journal für Geologie“ nach, daß diese Eisrücken gewöhnlich nicht in tafelförmigen Schichten auftreten, sondern in der Form senkrecht gestellter Keile. Der Forscher hat immer nur einzelne Massen von derartigen Formen festgestellt können. Er gibt daher auch eine ganz andere Erklärung und hält sie für neue Bildungen. Bei starkem Frost springt bekanntlich der Boden in Rissen auseinander und es entsteht das, was deutsche Gelehrte nach Beobachtungen in Spitzbergen und anderen Gegenden als Poligonboden bezeichnet haben. In solchen Erdspalten hat sich nach Auffassung des amerikanischen Forschers das Grundeis gebildet, und zwar in allmählichem Wachstum in einer Reihe von Jahren. Danach würde denn auch die keilförmige Gestalt der Massen mit einer Verjüngung nach unten hin zu verstehen sein. Der Poligonboden, wie er bisher bekannt geworden war, entspricht jenem Vorgang in verkleinertem Maßstabe.

## Heiteres.

Siehe Jugend! Der Divisionär ist das Haupt einer sehr kinderreichen Familie. Bei Besuchen im Schützengraben unterläßt er es nie, die Leute nach dem derzeitigen Stand ihrer Familie zu befragen. Naturgemäß schneiden bei Besichtigung die Formationen am besten ab, die die kinderreichsten Familienväter besitzen. Der Hauptmann der 6. Kompagnie eines Infanterieregiments wird von dem bevorstehenden Besuch des Generals benachrichtigt und instruiert die Mannschaften dahin, daß, falls der Herr General nach der Zahl der Kinder fragt, keiner etwa antwortet: „Kinderlos oder ein Kind! Drei bis sechs Kinder hat mit jeder mindestens!“ endet seine Aufklärung. Der Herr General erhebt sich zur angelegten Stunde und ist höchlich angenehm berührt, daß alle angeprochenen Leute viele Kinder besitzen. Schmunzelnd fragt er endlich den linken Flügelmann einer Gruppe: „Wie heißen Sie, mein Sohn?“ — Müller, Herr General! — „Sie sind doch verheiratet?“ — „Zu Befehl, Herr General!“ — „Und wieviel Kinder haben Sie?“ — Drei bis sechs, Herr General!“

Thüringer Kartoffelklöße. Der Schulze von Schwarz hat wegen der Kartoffelknappheit ein strenges Verbot erlassen, die beliebten Thüringer Klöße zu kochen. Sonntag mittag beauftragt er den Gemeindevorsteher: „Du siehst vier eberall hen on zeigt mir jeden an, wan je Klöße kochen!“ Nach einiger Zeit kommt dieser zurück und berichtet: „Ach hon'je eberall grob angelassen; jeh du nor selber rem on laß der luse Reden anhangen!“ — „Du Schaf, jagt du der Schulze, esch kann doch nach, wer won doch ege esse, da wärn ju meine Klöße laßt!“

Sei unjere Landsturmwache haben wir einen aus einer südlichen Residenzstadt flammenden Fädelmeister, der ob seiner Leibesfülle als Original seiner Heimat bekannt war und seit 1915 eingezogen ist. Dieser Tage kommt er nun freudbelehrt in unsere Nachbarn und ruft fast atemlos vor Freude: „Rinner, frent euch mit mir, heut jeh ich seit fünfzehn Jahr zum ersichtemol met Fingertipfel wider.“

Erfrischungsgewiß. „Et is nich alles Bitter, wat de Koh gift, ja de Deern, wo tred se in'n Kohstaden.“

(Simplizissimus.)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz, Druck Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Mittel und keine Wege entdeckt, sich als Volkswertretung bemerklich zu machen. Mehrere Regimenter sind aufgeboten worden, um durch Aufzüge in den Straßen in dem Volke die Vorstellung zu erwecken, daß das ganze Heer keine größere Sehnsucht kennt, als den Feind zu schlagen. Alle öffentlichen Lokale sind gehalten worden, die Soldaten an diesem Tage zu bewirten. Geste werden veranstaltet, und die Bälle dehnen sich bis zum nächsten Morgen aus. Am andern Tage aber erscheint ein neues Blatt, die „Naroda“, mit einem neuen Programm: Krieg gegen den Krieg! Die Soldaten, denen noch der Schädel brummt von den Nachwehen des im Uebermaß genossenen Brautweins, begeistern sich für die „Naroda“ und treten die „Robotschaja“ mit Freigen. Gestern waren sie angeblickt für, heute sind sie gegen den Krieg.

Das Geschäftsleben hört noch immer, die meisten Banken hatten geschlossen, die Post und Eisenbahn funktioniert unregelmäßig, der Verkehrsmöglichkeiten gibt es von Tag zu Tag weniger. Von den Lebensmittelvorräten müssen in erster Linie die Soldaten zehren. Für die Armen werden Nahrungsmittel noch immer unentgeltlich verabfolgt. Das ist notwendig, um die Masse nicht zu verhungern, vor der die Regierung eine Heidenangst hat. In den Fabriken arbeiten nur die Kulis. Daher wird in den Munitionswerken wenig geschafft, und das Wenige taugt nichts.

Welche Entwicklung die Revolution in dem übrigen großen Rußland nimmt, darüber weiß man in Petersburg wenig Zuverlässiges. Die Zeitungen lassen einen in diesem Punkte im Stiche. Die aus der Provinz kommenden Reisenden melden, daß die Bauernschaft in vollen Aufbruch sich befindet, daß die Besitzer von Gütern unter Lebensgefahr stehen, daß jedes Dorf sein eigenes Revolutionsprogramm hat, daß man sich bei der Aufstellung der größeren Güter gegenseitig die Köpfe blutig schlägt. Auch über die Stimmung an der Front erfährt man wenig Zuverlässiges. Weder Briefe noch Urlaube kommen an.

## Die Gründung eines Verbandes der Kriegsbeschädigten.

Die Besprechungen der örtlichen Vereinigungen von Kriegsbeschädigten nach einem engeren Zusammenfluß haben auf einer Tagung dieser Vereinigungen, die zu Osnabrück in Essen stattfand, zur Gründung eines Verbandes der wirtschaftlichen Vereinigungen Kriegsbeschädigter geführt. Aus einem aus zugewandten Bericht über diese Tagung geht hervor, daß über 30 solcher Vereine bestehen, wovon etwa 20 in Rheinland-Westfalen, die übrigen in Sachsen, der Provinz Posen, wie auch in Berlin, Hamburg, Kassel, Saarbrücken und Saargemünd. Die 30 Delegierten, einschließlich der Mitglieder des provisorischen Verbandsvorstandes waren mit Ausnahme von zwei sächsischen Delegierten alle aus der nächsten Umgebung Essens gekommen.

Der Verbandsvorsitzende Hans Adorf erklärte die Verhandlungen mit einem Vortrage über den Gründungszweck, wobei er zunächst auf die dagegen gerichteten Erklärungen der amtlichen Fürsorgestellen, sowie der Arbeiter- und Angestellten-Verände einging. Die Organisation der Kriegsbeschädigten entsprache einem starken Bedürfnis. In der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten sei noch längst nicht alles so, wie es sein müsse. In die amtlichen Fürsorgestellen müßten Kriegsbeschädigte hinein als Vertrauensleute ihrer Kameraden, wie auch Vertreter der Gewerkschaften als Berater, Praktiker, nicht Theoretiker. Für Arbeitsbeschaffung und -vermittlung seien besondere Arbeitsnachweispellen für Kriegsbeschädigte erforderlich. Besonderer Fürsorge und behändlicher kameradschaftlicher Ueberwachung und Hilfe insbesondere bei der Beschaffung der Lebensmittel, bedürften die finanziell Schwergeschädigten, die erwerbsunfähig und bei der ungenügenden Rente besonders unterstützungsbedürftig sind. Auch die Gesundheitspflege sei als notwendige Maßnahme für die Kriegsbeschädigten besonders wichtig. Es müsse Gelegenheit zur Erholung, billige Unterkunft in Heimen beschafft und für gehörige Rechtsberatung gesorgt werden. Auch die Herausgabe eines Verbandsorgans sei notwendig. Als solches werden die „Deutschen Blätter für Kriegserlebte“ in Leipzig bestimmt, die ab 1. Mai unter dem Titel „Der Kriegsbeschädigte“ erscheinen. Von dem 1.20 Mark vierteljährlich beizulegenden Bezugspreis wird der Verlag der Verbandsstelle je 20 Pfennig zuführen. Zur Beschaffung von Rohmaterialien und Arbeitsgegenständen für die Heimarbeit seien Arbeitsgenossenschaften notwendig, worin die Kriegsbeschädigten Kammerden als Bürgen hindern und dergleichen Angelegenheiten zur Hand gehen müssen. Ferner sei die Schaffung von Landarbeitern nach dem Muster der Schweizer Vereinigung geplant, die bereits 24 Bezirke in Baden in eigener Verwaltung habe und ihren Mitgliedern Samen, Saatmaschinen und Düngemittel beschaffe, jedoch ihre Verpflegung gesichert sei. Es gelte die wirtschaftliche Sicherstellung der Kriegsbeschädigten unter Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen, jedoch unter Mitarbeit aller Organisationen, die sich an dieser Fürsorge beteiligen.

Dem Programm wurde einstimmig zugestimmt. Um die ganze Sache von Hemmungen zu befreien, habe man an den Kaiser und an Hindenburg geschrieben. General Ludendorff habe die ihm angetragene Ehrenmitgliedschaft angenommen. In der Diskussion wurden verschiedene Beschwerden allgemeiner Natur laut, wie auch Reformvorschläge gemacht.

Der sächsische Delegierte Steinbrücker führte aus, man habe in Sachsen dieselben Kämpfe mit den Behörden bestehen müssen. Geleitet sei den Kriegsbeschädigten während der Dauer des Krieges die Steuerzahlung zu erleichtern, einen Vertreter zu den Kreisauschüssen zu entsenden und sie bei der Lebensmittelverteilung besonders zu berücksichtigen. Ferner wurde eine Steuererleichterung zur Hilfe geleistet und die gleiche Jahressteuerbefreiung, wie sie den armen Mannschaften gewährt wird.

Der Delegierte aus Dortmund wünschte eine Aussprache über die vernünftigen Gründe des abweisenden Verhaltens der Gewerkschaften. Dr. Kammann, Schriftleiter der als Verbandsorgan bestimmten Zeitschrift, hält die Aufgaben der Gewerkschaften und die der Kriegsbeschädigten-Vereinigung für grundsätzlich verschiedene Dinge. Unter den Beschlagnahmeurteilen wurde auch die Sozialdemokratische Forderung erwähnt. Die Frage legte wurde dahin beantwortet, daß Legien mit den Kriegsbeschädigten-Vereinigungen noch keine Fühlung genommen habe.

Die Wahl des Verbandsvorstandes ergab die Wiederwahl fünf alter kriegsbeschädigten Mitglieder des provisorischen Vorstandes, zu dem am meisten Stimmen kamen die großen Duisburger ihre Verbandsmitglieder stellen.

Der Beschlagnahme-Kolleg der Delegiertenversammlung mit der Erklärung, daß der Zeit würde es gelingen, alle Stellen denen zu übergeben, daß der Verband nur das mit Beschäftigten wolle, die wirtschaftlichen Interessen der Kriegsbeschädigten wahrzunehmen. Die Mitgliederzahl wird auf 30 000 geschätzt.

Wie vieler Klöße gelang es, für die öffentliche Tagung im nächsten Sommer an Operationen die Ergebnisse zu ermitteln, mit dem Beschluß, daß eine Werbung von Mitgliedern unterhalten müsse. Infolgedessen war die Veranlassung war möglich, keine und es wurde nach entsprechender Dauer nach dem Vortrage des Verbandsprogramms und der Beschlagnahme einer längeren Beschlagnahme als Erweiterung auf die amtlichen Gegenstände.

Wir haben eine solche Sonderorganisation aus den bereits vorher angeführten Gründen für nicht zweckmäßig, sie würde lediglich gesplittet wirken. Und das mag für die kommende Zeit unter allen Umständen vermieden werden.